



Bezugspreis in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus geliefert. 64.— Wrt., monatl. 5.40 Wrt.; bei den Agenturen in Breslau 60.— Wrt., monatl. 5.— Wrt.; bei den Agenturen in der Provinz 62.— Wrt., monatl. 5.20 Wrt.; bei den Agenturen in der Provinz 64.— Wrt., monatl. 5.40 Wrt.

Breslau, Sonnabend, 28. Januar 1922

Einrückungsgebühr für den 1. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 2. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 3. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 4. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 5. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 6. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 7. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 8. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 9. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.), 10. Band. Raum in 10 Zeilen à 20 Wrt. (Abendblatt 20 Wrt.).

Hauptredakteur Dr. Richard Schickel. Fernsprecher der Redaktion Ring Nr. 281, 2722 und 640 (letzte nur für den Stadterwerb), der Handelsredaktion Ring Nr. 4414. Sprechstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur aufgeliefert, wenn die Adresse angegeben ist. Zeitungsbestellung und Abrechnung in der Geschäftsstelle. Geschäftsstelle: Schlesische Zeitung, Breslau, W. G. Korn. — Geschäftsstelle für Ober-Schlesien: Reichen O. S. Solgerstraße 5. Fernsprecher Reichen O. S. 1925.

Die Antwortnote an die Reparationskommission.

Die Note vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 27. Januar. Die Reichsregierung hat dem Auswärtigen Ausschuss des Reiches, der vormittags 11 Uhr unter Vorsitz des Abg. Müller-Franken anstelle des erkrankten Abg. Stresemann zusammengetreten ist, die deutsche Antwortnote an die Reparationskommission zur Kenntnisnahme und Durchbesprechung vorgelegt. Zunächst berichtete Staatssekretär Schroeder vom Reichsfinanzministerium über den Inhalt der deutschen Note, die voraussichtlich bald veröffentlicht werden würde. Es sprachen hierauf noch die Abgg. Helfferich (Deutschnational), Stampfer (Soz.), Vernburg (Dem.), Dauch (D. Wpt.). Auch der Reichskanzler nahm zu kurzen Ausführungen das Wort. Die Erörterung bleibt vertraulich. Die Note wird am Sonnabend früh dem Berliner Vertreter der Reparationskommission überreicht werden.

Die Reparationskommission als Ganzes wird sich mit der Note nicht vor Montag oder Dienstag zu beschäftigen haben. Die Note behandelt nicht nur die von der Reparationskommission eingeforderten Vorschläge, sondern setzt auch den Prozess der Aufklärung fort, von dem der Reichskanzler Wirth in seiner Reichstagsrede gesprochen hat. Dabei stützt sich die Note im wesentlichen auf die letzten Ausführungen des Dr. Rathenau vor der Konferenz von Cannes am 13. Januar, auf die Poincaré, die französische Kammer und die Presse bisher mit keinem Worte eingegangen sind.

Der Inhalt der Note.

§§ Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von der Reparationskommission verlangte Darlegung der Finanzlage Deutschlands und der Vorschläge für die Deckung der gestundeten Leistungen wird, wie bereits erwähnt, erst am Sonnabend dem Berliner Vertreter der Kommission übergeben werden. Aber die Durchführung des Steuerkompromisses im einzelnen fand am Freitag vormittag eine Besprechung der beteiligten Ressorts in der Reichskanzlei statt.

Die Denkschrift, die der Reparationskommission zugestellt werden soll, wird, wie verlautet, aus einem Hauptteil, der etwa sechs Seiten umfasst, und mehreren Anlagen bestehen. Der Hauptteil wieder ist in zwei Unterabschnitte gegliedert, deren erster sich mit dem sogenannten Reform- und Garantieplan zur Gesundung der deutschen Finanzen beschäftigt, während der zweite auf die Frage des Zahlungsplans eingeht.

Ueber den Inhalt der Note verlautet:

Bei der Erörterung des Reform- und Garantieplans wird insbesondere auf die Maßnahmen hingewiesen werden, die auf Grund der Wünsche der Entente von der Reichsregierung zur Ordnung des Reichs Etats ergriffen worden sind. Dabei werden voraussichtlich besonders die Tarifherabsetzungen bei Post und Eisenbahn erwähnt werden. Die Reichsregierung wird hervorheben, dass der ordentliche Reichshaushalt für 1922 infolge der getroffenen und beabsichtigten Maßregeln aus-

glichen sei und nur die außerordentlichen Ausgaben, d. h. jene für die Reparationsverpflichtungen noch ohne Deckung seien.

Zur Aufbringung dieser Deckung werde die deutsche Regierung eine innere Zwangsanleihe aufzubringen versuchen. Außer den Maßnahmen zur Deckung des inneren und äußeren Bedarfs wird in dem ersten Abschnitt des Hauptteils auch die Frage der Autonomie der Reichsbank erwähnt und darauf hingewiesen werden, dass durch eine Änderung des Reichsbankgesetzes auf die Befreiung des Aufsichtsrats beziehungsweise Eingriffsrechts der Reichsregierung hingearbeitet werden soll.

Der zweite Abschnitt des Hauptteils geht, wie erwähnt, auf den Zahlungsplan ein. Die Reichsregierung wird wahrheitsgemäß dabei keine bestimmten Beträge angeben können. Die Deutschland zu zahlen imstande ist. Sie wird vielmehr auf Angaben verweisen, die Dr. Rathenau über die deutsche Leistungsfähigkeit in Cannes gemacht hat. Im übrigen wird erklärt werden, dass die deutsche Regierung Abschlüssen über das, was sie zu leisten vermag, erst sagen könne, wenn das gesamte Reparationsproblem geregelt sei. Alle Ausführungen, die der Hauptteil enthält, werden durch Anlagen belegt werden, in denen unter anderem auch alle Einnahmen und Ausgaben aufgeführt sind, wie sie sich auf Grund des Steuerkompromisses darstellen.

Eigentümlich berührt es, wenn bereits auswärtige Blätter über den Inhalt, wenn auch nur andeutungsweise zu berichten wissen. So meldet unser Pariser Sonderberichterstatter:

Der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle“ macht Mitteilungen über den Inhalt der deutschen Vorschläge an die Reparationskommission. Das Blatt erklärt die deutsche Antwort als geeignet, drei glückliche Resultate herbeizuführen: 1. Die Antwort wurde in der geforderten Zeit abgegeben. 2. Sie wird für die Alliierten befriedigend sein. 3. Die Lage des Kabinetts Wirth wurde gestärkt und nicht geschwächt. Dazu müsste man sich beglückwünschen, dürfte sich aber nicht verhehlen, dass die Vorschläge Deutschlands seine letzte und äußerste Anstrengung bedeuten, die nicht mehr wiederholt werden könne.

Besser wäre es, wenn wir nicht auf solche Andeutungen auswärtiger Blätter angewiesen wären, sondern wenn die Regierung, wie das Graf Westarp in seiner Donnerstagsrede im Reichstag hervorhob, die Öffentlichkeit rechtzeitig mit dem Inhalt solcher für das deutsche Wirtschaftsleben hochbedeutsamen Entscheidungen bekannt gemacht hätte.

Französisches Echo zur Kanzlerrede

* Paris, 27. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Über die Kanzlerrede in der „Temps“ fast außer sich vor Freude. Das Kabinett Wirth habe einen wahrhaften Erfolg errungen, über den man sich ernstlich freuen müsse. Einzelne Parteien unterstützen Dr. Wirth, weil sie seine republikanische Politik im Innern und seine realistische Politik nach außen hin billigen. Die Rechtsparteien warten zwar ihre Zeit ab; aber man darf hoffen, dass die Linksparteien endlich die Republik geschmeichelt hätten und dass die monarchistischen Parteien nicht anders würden tun können, als der Republik zu dienen. Besonders glücklich ist der „Temps“ darüber, dass die Sozialdemokraten im gegenwärtigen Kabinett verbleiben können, obwohl es für sie bequemer wäre, in die Opposition zu gehen. Inoffiziell findet der „Temps“ die Mitteilung in der Kanzlerrede, dass Deutschland zahlte, weil es für die Unterworfenen und zerstörten zu werden das sei ein Argument gegen die Abrittton und ein Schlag gegen die Resolution von Cannes und das Ideal, das Lloyd George in Genua verwirklichte. Von der Awanasanktion erwartet der „Temps“ Erfolge nur im Innern des Reiches. Für die Reparationszahlungen und für die Stützung des Marktwertes seien internationale Kreditoperationen unbedingt erforderlich.

Deutschnationale und Steuerkompromiss.

Berlin, 28. Januar. Die deutschnationale Reichstagsfraktion legt Wert auf die Feststellung, dass eine vom „Wolff-Bureau“ herausgegebene Mitteilung über die Stellung der „bürgerlichen Parteien“ zum Steuerkompromiss insofern unrichtig ist, als die Deutschnationale Volkspartei, die 71 Abgeordnete umfasst, an den Verhandlungen zu keiner Zeit beteiligt gewesen ist.

Deutsch-amerikanische Schadenersatzregelung.

Berlin, 28. Januar. Nach Meldungen amerikanischer Blätter über die Konferenz, die bereits am 26. im Weissen Haus über die Erledigung der amerikanischen Schadenersatzansprüche an Deutschland abgehalten wurde, betragen die Forderungen der Union etwa 400 Millionen Dollar, denen nach Schätzung der Treuhänder für das feindliche Eigentum 500 Millionen beschlagnahmter deutscher Werte in den Vereinigten Staaten gegenüberstehen.

Frankreich entschuldigt sich.

Paris, 27. Januar. (Agence Havas.) Der französischen Regierung ist der Vorwurf gemacht worden, sie habe den Türken Waffen, Ausrüstung und Vorräte geliefert. Der Wert der Lieferungen bleibe von dieser Summe weit entfernt. Die Lieferungen betrafen die Bewaffnung und Ausrüstung der Gendarmerie, die in den neuen Grenzgebieten und in Cilicien zum Schutze der christlichen Bevölkerung und der Muselmanen unumgänglich notwendig ist. Wenn diese Maßnahmen nicht getroffen worden wären, hätte die französische Regierung der Vorrat getroffen, nicht genug für die Unterstützung der Bewohner und ganz besonders der Christen in den von den Truppen geräumten Gebieten geübt zu haben.

Die Verschiebung der Wahlen in England.

G. London, 28. Januar.

Aus den Februarwahlen, welche Lloyd George wollte und welche die konservative Partei verbot, wird nichts, obwohl sich alle Parteioptionen mit Hochdruck auf sie gerichtet haben. Auf den ersten Blick spricht vieles für die Ansicht, dass der Premierminister „von Cannes zurückgekehrt ist, nur um nach Cannes zu gehen“, wie sich ein hiesiges Blatt ausdrückt, mit anderen Worten, dass er vor der konservativen Parteimaschine kapituliert und hinfort ihr fügsames Werkzeug sein wird. Wir scheinen diese Ansicht aber doch etwas voreilig und wahrscheinlich kommt die Lesart, welche Mr. Garvin, der bedeutendste und klügste unter Lloyd Georges Parteigängern, in der Presse von den Vorgängen der letzten Tage gibt, der Wahrheit bedeutend näher. Er bestätigt, was die „Times“ bereits meldete, dass Lloyd George bei seiner Rückkehr aus Cannes über die Tory-Revolte so erobert war, dass er ernstlich daran dachte, sein Amt niederzulegen und es den Konservativen zu überlassen, einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, die sie geschaffen hatten. Diese Drohung mit seinem sofortigen Rücktritt habe die konservativen Führer zur Vernunft gebracht und zu der Erkenntnis, dass die Taktik Youngers, des Hauptes der Parteimaschine, die unvermeidbar darauf ausging, die Koalition zu enden, zum Ruin der Partei und ihrer Aussichten führen würde. Sie hätten deshalb in einen provisorischen Vergleich oder Waffenstillstand gewilligt. Er läuft offenbar darauf hinaus, dass Lloyd George in eine Verschiebung der Wahlen um sechs bis höchstens zehn Wochen willigte, während die konservativen Führer die Forderung fallen ließen, dass die Frage der Oberhausreform vor der Abhaltung der Wahlen geregelt werden müsse.

Wenn der erzielte Vergleich wirklich diesen Charakter trägt, so bedeutet er ohne Zweifel keine Kapitulation Lloyd Georges, sondern im Gegenteil seinen Triumph. Die Verschiebung der Wahlen um ein paar Wochen kann für Lloyd George ein großes Opfer sein, zumal der Canneser Fehlschlag das Hauptmotiv für Februarwahlen beseitigte und nähere Überlegung es doch recht wünschenswert erscheinen ließ, den irischen Frieden durch einen Parlamentsakt zu legalisieren, bevor man das Parlament auflöste. Nebenbei gesagt, soll nun Genua in Lloyd Georges nächsten Wahlen offenbar die Rolle spielen, die vorher Cannes zugeordnet war, wobei man sich der Befürchtung nicht ganz erwehren kann, der Wunsch mit Rücksicht auf die Wahlen aus der Genuaer Konferenz um jeden Preis einen, wenn auch nur äußerlichen Erfolg, zu machen, könnte Lloyd George verleiten, Frankreich größere Zugeständnisse zu machen, als er es ohne diese Nebenbedingung getan hätte. Wie dem aber auch sei, der entscheidende Punkt in dem inneren Konflikt innerhalb der Koalition bleibt die Oberhausfrage, und wer seinen Willen bezüglich dieses Punktes durchsetzt, muß als Sieger in dem Streit gelten. Wurzelte doch die ganze konservative Revolte gegen die Februarwahlen in der Forderung, bevor man zur Wahlurne schreite, müsse das Oberhaus reformiert, soll heißen, als antidemokratisches Bollwerk verstärkt werden sein. Lassen die konservativen Führer diese Forderung nun fallen, dann hat Lloyd George gesiegt, und man kann es verstehen, wenn sein getreuer Garvin nun triumphierend schreibt:

„Sollen die Konservativen die Koalition oder Allianz fortgesetzt sehen, so müssen sie den Preis bezahlen. Wenn Lloyd George der Führer der Koalition bleibt, dann wird er es hinfort faktisch zu seinen eigenen Bedingungen bleiben. Er wird wie immer billige Zugeständnisse machen. Aber daß er herzhaltig, daß nicht in Frage gestellt werden. Er wird hinfort sein Premier im Gewahrjam sein, der jeden Augenblick sich dem ausgesetzt sieht, von der konservativen Parteioption mit einer Unwürdigkeit aufgehalten und gebremst zu werden, die nie einem konservativen Premier geboten wurde.“

Garvin gibt allerdings zu, daß nur ein vorläufiger Vergleich erzielt worden ist, „aber noch nicht jenes mehr dauerhafte Arrangement, das beschritten werden muß, wenn die Koalition auch nur so lange dauern soll, daß sie noch mit vereinten Kräften zur Wahlurne gehen kann“. Die große Frage ist mit anderen Worten nun, ob es Lloyd George und Chamberlain gelingen wird, die Koalition wenigstens bis nach den Wahlen zusammenzuhalten, oder ob die zunehmende Feindschaft, die sich in den Wahlkreisen zwischen dem konservativen und dem liberalen Flügel der Koalition bemerkbar macht, schon vorher zu einem Bruch führen wird, in welchem Fall Lloyd Georges Rücktrittsdrohung immer noch verwirklicht werden könnte. Ein Northcliffeblatt definiert die Schicksalsfrage, vor die sich die konservative Partei heute gestellt sieht, so: „Soll die Allianz mit Lloyd George über die Spaltung der Partei gestellt werden oder die Einheit der Partei über die Spaltung der Koalition?“ Die konservativen Führer neigen offenbar dazu, die Erhaltung der Koalition für wichtiger zu halten als die der Einheit ihrer Partei; es steht aber zu bezweifeln, daß ihre Gefolgschaft ebenso denkt und von hier aus rückt die Möglichkeit eines Bruches noch vor den Wahlen recht nahe.

Lloyd George selbst geht von der jedenfalls richtigen Voraussetzung aus, daß die Wahlen, wie sie auch sonst ausfallen mögen, den Konservativen jedenfalls die absolute Mehrheit nehmen werden, die sie heute im Unterhaus besitzen, und daß sie ihn und seine liberale Gefolgschaft aller Wahrscheinlichkeit in die Lage setzen werden, darüber zu entscheiden, ob die nächste Regierung wie bisher eine konservativ-liberale Koalitionsregierung sein soll oder aber eine Regierung bestehend aus Liberalen und Anhängern der Arbeiterpartei. Im heutigen Unterhaus sitzen 359 Koalitionskonservative und elf unabhängige Konservative, zusammen 370, denen gegenüber alle

Die Beisetzung des Papstes.

Rom, 27. Januar. Die sterbliche Hülle des Papstes Benedikt XV. ist gestern nachmittag in der Gruft des Vatikans gemäß dem letzten Willen des Seligen Vaters beigesetzt worden. Die Vahre war bei der Überführung von Offizieren der Nobelpartei umgeben; unmittelbar dahinter folgte Kardinal Merry del Val als Erzbischof der Vatikanstadt dann schlossen sich die Prälaten und päpstlichen Würdenträger sowie der Kommandant der Nobelpartei an. Umgeben von allen Offizieren erwarteten die Kardinalen den Trauerzug, ebenso die Führer der diplomatischen Missionen. Alle Anwesenden erhoben sich. Der Chor stimmte das Miserere an. Monsignore Paniconi erteilte die Absolution. Der Toten wurde von der Vahre genommen und in den ersten Sarg gelegt. Der Archivar des Vatikans verlas das Protokoll der Zeremonie, während der Präfect des heiligen Palastes Gesicht und Hände des Papstes mit weihen Tüchern bedeckte. Darauf wurde der Sarg geschlossen, die beiden einschießenden Särgen wurden versiegelt. Der Sarg wurde in die Krypta hinabgelassen. Die Erzbischof und Domherren stiegen zur letzten Absolution hinunter. Die Gruft liegt in der Nähe der Gräber des Papstes Innocenz VIII. und der Königin Christine von Schweden.

Streikbewegung bei den Eisenbahnen.

§§ Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner hat, nach einer längeren Aufsicht an das „Berl. Tageblatt“, die radikale, zum Streik bräunende Richtung in einer Versammlung der Funktionäre gesiegt und ohne Abstimmung das Eintreten in den Streik bei Nichterfüllung der Forderungen der Organisation beschlossen. Namentlich die Lokomotivführer wollen den Streik. Man will nicht bloß die Besoldungsfrage, sondern auch den Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der Eisenbahner als Grund dafür gelten lassen.

anderen Parteien nur über 310 Sitze, wovon auf die Koalitionsliberalen 125, die Arbeiterpartei 72 und die unabhängigen Liberalen 31 fallen. Lloyd George scheint nach Garvin im besten Fall auf keine größere Koalitionsmehrheit als 80 — statt der heutigen von über 300, — zu rechnen, wobei er den Konservativen 280 Sitze, seinen eigenen Liberalen 70, der Arbeiterpartei 200 und den unabhängigen Liberalen 70 zugerechnet. Er würde aber zugeben, daß die Mehrheit leicht auch ganz verschwinden kann, wenn die innere Zersplitterung der Koalition solche Fortschritte macht, wie in letzter Zeit.

Tatsächlich waren die Wahlen wohl nie mehr ein Sprung ins Dunkle, als gerade jetzt. Die enorme Wählerkraft von 18 Millionen, welche die letzte Wahlreform schuf, hat noch nie politisch abgemessen; denn die Dezemberwahlen von 1918 waren keine Wahlen, sondern ein Rausch oder, wenn man will, eine patriotische Demonstration. Jetzt aber wird die neue Wählerkraft zum ersten Male ein direktes und überlegtes Urteil über die Ansprüche der verschiedenen Parteien abgeben müssen und zwar unter Umständen, die an sich den Regierungsparteien ungünstig sind. Man denke nur an die Arbeitslosigkeit, das Fallen der Löhne und die hohen Steuern. „Bezüglich der nächsten Wahlen“, sagt Garvin, „ist eigentlich nur gewiß, daß alles ungewiß ist.“

Ausschluß der französischen Berichtshatter vom Deutschen Reichstage.

SS Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Den Berichterstattern der französischen Blätter ist am Donnerstag das Verbot des Reichstages und der Pressetribünen unterstellt worden. Einzelne dieser Berichtshatter führen diese Maßregel in ihren Blättern auf die ihrer Angabe nach jetzt in Deutschland herrschende französisch-feindliche Gesinnung zurück. In Wirklichkeit ist diese Maßregel lediglich dadurch veranlaßt, daß Berichtshatter der deutschen Presse in Paris der Zutritt zum Parlament verweigert wird. Man sieht in Berlin nicht ein, warum die französischen Berichtshatter in Berlin es besser haben sollen, als die deutschen in Paris.

Anschließend hat der Ministerpräsident M. M. Vertreter des „Echo des Paris“, der sich vor allem über die Ausschließung beklagt, eine nicht bloß feindliche, sondern auch verleumdende Sprache gegen Deutschland geführt, allerdings nicht allein, sondern auch der Vertreter des vornehmen „Temps“ hat eine solche Sprache für angemessen gehalten. Warum soll, wie es heißt, von dem Verein ausländischer Journalisten die Mitgliedschaft entzogen werden.

Aus dem französischen Parlament.

Paris, 26. Januar. Heute vormittag hat unter dem Vorsitz Poincarés ein Kabinettsrat stattgefunden. Die Regierung beschloß, die Kammer zu ersuchen, die Debatte über die von Deutschland zu erstattenden Ausgaben auf der Tagesordnung für die morgige Sitzung an die zweite Stelle zu rücken. An erster Stelle wird über die Sanierung der Banque Industrielle de Chine verhandelt werden.

Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat mit 15 gegen 14 Stimmen Senator Dumergue zum Vorsitzenden gewählt. Die 14 Gegenstimmen sind für Senator de Selves abgegeben worden.

Der Senatsauschuss der Kammer hat, nachdem der Kriegsminister seine Erklärung für die Ernennung eines Generalinspektors beendet hatte, eine Tagesordnung angenommen, in der er feststellt, daß der Generalinspektor unmittelbar dem Kriegsminister unterstellt, daß er dagegen dem Generalstabschef der Armee für Organisations-, Instruktions- und Mobilisationsfragen übergeordnet ist. Der Ausschuss billigte diese Bestimmung als im Einklang stehend mit den Regeln der militärischen Rangordnung.

Verlorenes Land.

Eine Winterfahrt in Ost-Oberschlesien.

„Katowice“ ist schon seit längerer Zeit ganz unnötiger Weise neben dem deutschen Namen an dem Bahnhofgebäude von Katowice zu lesen, der künftigen Hauptstadt Ost-Oberschlesiens. Der Schienenstrang läßt den betriebsamen Industriebezirk hinter sich und bohrt sich in hochstämmige, die beschnittene Wälder ein. Aber nicht lange, so öffnet sich plötzlich eine große Lichtung, und Förderer- und riesige Schöte zeigen an, daß sich hier ein Eingang zur Unterwelt befindet. Dann wieder Wald und wieder eine Grube. Und so fort. Hier ist das Kohlenrevier der Zukunft, dessen Schätze zum größten Teile noch ungehoben im Boden liegen.

Von der kleinen Station Klingelst mein Schlitten auf glatter Bahn durch weite weisse Felder, belebt von Kränschwarzen, die hungrig nach Nahrung suchen. Ein Waldhaum begleitet mich in der Ferne. Dort hinten haust das gewaltigste Wild, das Deutschlands Erde heute noch trägt, die Wisente, bis vor wenigen Jahren an hundert Stück; heute kann man die spärlichen Rehe, die polnische Wildbäue gelassen haben, an den Fingern abzählen. Ein ferner Büchsenknall klingt an das Ohr — noch einer. Treiben schon wieder Verbrennerbanden ihr Unwesen? Nein, sie suchen sich in dieser unwirtlichen Jahreszeit bequemere Betätigungen. Aber deutsche Weidmannsbazen schlagen höher in diesem Augenblick. Ein alter Keiler, dessen heimliche Wege der Schnee verraten hatte, ist vor der Treiberwehr aus der Dichtung hervorbrechend, mit sicherer Angel gefüllt worden. Und während der Schweiß des grimmen Wägen dunkelrot im Schnee verbleibt, reicht der Jagdherr nach deutschem Jägerbrauch dem glücklichen Schützen den Bruch.

Aus dem Schnee tauchen kleine Häuschen empor, Blaudwände, mit Reif verhaubt bis an das tief heruntergezogene Strohdach. Fröhlich blicken sie sich unter ihren Schneekappen. Das Auge erkennt leicht, daß hier die Grenze des deutschen Kulturkreises nahe ist. Ein stattlicheres Haus stellt sich durch einen blauen Dachschrägen als deutsche Poststation vor, oben aber klebt schon der weiße Adler auf rotem Schilde. Sie können es nicht erwarten. — Die gute, breite Straße, auf der wir fahren, ist dagegen noch ganz deutsch, deutsch ist mit seinen tadellosen Gebäuden und seiner Sauberkeit der Gutshof, auf dem die Fahrt endet, von freundlichen Menschen und Gundegebell begrüßt, und deutsch ist auch die Ordnung und Behaglichkeit im Innern des Hauses, aus der nur eins scheinbar herausfällt, ein Erinnerungszeichen an schlimme Tage: ein Hindenburgbild an bevorzugter Stelle, aber mit zerplitterter Glasscheibe. Hier fuhr bei einem der nicht seltenen Überfälle der Gewehrtruppen eines Infanteriebataillons hinein. Aber das Gesicht des Feldmarschalls ist unverändert geblieben.

Am nächsten Tage fahren wir durch einen kleinen Ort, nicht mehr Dorf, noch nicht Stadt. Die Straßennamen sind zweisprachig, an den Häusern viele polnische Inschriften. Eines prunkt mit einem nagelneuen, sehr bunten Schilde: „Hotel centralny“. Auf dem trotz der Kälte ziemlich belebten Krammarkt schaut eine anscheinliche Parodierkirche herab. Hier herrscht Kapiza, der gern Bischof von Oberschlesien werden möchte. Er hat jedoch schon viel von seiner einstigen Beliebtheit eingebüßt, wie sich überhaupt die Stimmung des im Grunde ruhigen und gutmütigen Volkes gewandelt hat, weil die Morantzküche und die Landverteilungen, die man bald nach der Abkündigung erwartete, bisher ausgeblieben sind. An den bevorstehenden Einzug der Kongregalpolen denkt man mit wenig freundlichen Gefühlen und droht sogar, sie umgehend wieder hinauszumachen.

Wolkunst ist wandelbar, Wer gestern gepriesen, wird heute

* **Zentrumsproblem.** Von katholischer Seite schreift man uns: Selbstverständlich mußte der „Reichsbote“ auch den Tod des Papstes Benedikt benützen, um seiner Abneigung gegen das Papsttum Ausdruck zu geben. Selbstverständlich mußte die Zentrumspresse diesen Ausfall als „deutschnationale Auslassung“ buchen und ihn zum Anlaß von Lobspriechen auf ihre, die deutschnationalen beizubringen, papstgefeierten sozialistischen Freunde machen, obwohl sie weiß, daß der Vorstand der deutschnationalen Partei jede Verbindung mit dem „Reichsbote“ abgebrochen hat. Es ist das genau so ehrlich, als wenn man die doch unjüdisch von Zentrumsmitgliedern herausgegebene „Görres-Korrespondenz“ als Zentrumspresse bezeichnen wollte. Aber calumniäre audacter, semper aliquid haeret, daß und Lüge Hand in Hand, gegen's deutsche Vaterland.

— **In. In. Bauer, das ist ganz was anders.** Der bekannte Neupublizist Ludwig Börne schreibt in seinen Briefen aus Paris 1832—1833: „Am 1. März. In Preußen geht man damit um, die Justizbeamten für absehbare zu erklären. Vielleicht wissen sie nicht, was das bedeutet. In den Staaten, wo der Despotismus nicht alle Scham von sich geworfen, wo ihm noch ein kleiner Rest, ich sage nicht von Tugend, aber von Ehre geblieben, sind die Gerichte Personen unabhöbar, das heißt: Wenn sie einmal ihre Stelle erhalten, darf sie die Regierung ihnen nicht wieder nehmen. Dieses ist der letzte Anker der Ruhe für jeden Bürger, der nun nicht zu befürchten braucht, daß sein Richter in die traurige Lage kommen könnte, entweder seine Stelle zu verlieren und mit Weib und Kind zu verhungern, oder einen Angeklagten zum Tode, zum Kerker, zu Geldbußen zu verurteilen, sobald es einem wahnsinnigen oder ruchlosen Minister beliebt. Dieser Schutz soll jetzt dem preussischen Volke geraubt werden. Ich will es noch nicht glauben, was bliebe dann jenen guten Preußen, die ich im Auslande so oft habe in die Enge treiben sehen, indem man ihnen die Verderblichkeit ihres vaterländischen Regierungssystems klar macht, und die dann immer auf das Wort zurückkommen: aber wir haben doch eine unabhängige Justiz — was bliebe ihnen noch für ein Vorwand übrig, ihre Loyalität, der sie sich schon halb schämen, notwendig zu verteidigen?“ — So Börne. Glaubt die sozialdemokratische Regierung nach Möglichkeit die Richter von sich abhängig zu machen, indem sie das verhängnisvolle Zwangspensionierungsgebot erläßt und plant, Generalschlichter zu Richtern zu machen. Das ist der erste Schritt zur vollständigen Absehbare der Richter. Aber: Bauer, das ist ganz was anders!

* **Wenn jemand eine Reise tut, dann kann er was erzählen.** Ein Herr Perceles ist vor einiger Zeit — es war am 6. Juni 1921 — von Berlin nach Hamburg gefahren und hat gleich im Beginn der Fahrt etwas sehr Schauerliches erlebt. Gerade, als er ins Hotel hier, mußte er hören, wie ein Herr zu seinem etwa zehnjährigen Anaken sagte: „Höre, mein Junge, wenn ich am kommenden Sonntag mit einem Hakenkreuz und schlägt alle Juden tot.“ Also eine Aufforderung zu nicht weniger als drei schlimmen Straftaten, um so schlimmer, als der Sprecher der Staatssekretär Bredow war, der offenbar nach der Ansicht des Herrn Perceles wie seines Reichsbote, des Hamburger Reichsanwalts und auch einmal kurzfristigen Reichsjustizministers Dr. Wundt, in seiner Person die demokratische Republik zu repräsentieren und das auch in seinen Privatäußerungen zum Ausdruck zu bringen verpflichtet ist. Wenigstens es nun wirklich sehr unwahrscheinlich ist, daß der Herr Staatssekretär die Pflicht gehabt haben soll, den ihm persönlich ganz unbekannten Perceles

verdammt, und kein Sterblicher weiß, was die Zukunft bringt. Darum nehme ich von der alten Heimat keinen Abschied auf ewig. Noch ist Oberschlesien nicht verloren! S. A.

Die Malerei des zwanzigsten Jahrhunderts.

(Ausstellung der „Gesellschaft der Kunstfreunde“ im Museum der bildenden Künste.)

Wenn man die Erwerbungen des hiesigen Privatbesitzes aus neuerer Zeit betrachtet, wird man Dresden doch wohl den Rang einer „Kunststadt“ zubilligen müssen. Es ist in der Tat erstaunlich, was die neue Ausstellung von hervorragenden Werken der letzten zwanzig Jahre zutage gefördert hat. Besonders interessant wird diese Kunstschau dadurch, daß sie uns ein getreues Bild der Gärungen und Umwälzungen gibt, die sich auf dem Gebiete der Kunstzweige und Kunstauffassung vollzogen haben. Sie teilt sich in zwei Lager — die Impressionismus, die Expressionismus — und so wird der Anhänger jeder Richtung beim Durchwandern der Bilderräume auf seine Meinung kommen.

Die ersten vier Räume sind der deutschen Gemalmerei eingeräumt. Liebermann und Corinth, Trübner und Seiwert führen hier die Herrschaft, alle mit Werken ihrer reifen Zeit, und jeder so charakteristisch vertreten, daß die Auslese vollkommen genügt, um sich einen festen Begriff von der Wesensart dieser vier führenden Meister zu machen. Gleichartig gerüstete Künstler (v. Kardorff, Süßner, Klein-Dipold, v. Brodhagen, Nidisch u. a.) umgeben sie, jeder auf eigenem Wege dem gleichen Ziele zustrebend. Viele Freunde finden die monotonen Großstadtbilder Leffer, Ilse, und ebenso üben die hier wenig bekannten Gemälde Albert Weisgerbers einen ganz besonderen Reiz aus. Zwei Damenbildnisse von hoher malerischer Kultur, ein Interieur und eine Landschaft, lassen es uns wehmütig betauern, daß der begnadete Künstler auf der Höhe seines Schaffens dem Weltkrieg zum Opfer fallen mußte.

Die Weiterentwicklung über die realistisch-schildernde Freilichtmalerei hinaus führt dann zu einem schon merklich von der Natur abstrahierenden, stark stilisierten Vereinfachung anstrebenden Impressionismus, an dessen Aufblühen Frankreichs jüngerer Malergeneration ein starker Anteil zufällt. Zu den Führern der Bewegung zählt Henri Matisse. Diesen originellen Kolorkisten in einer stattlichen Kollektion seiner untereinander recht verschiedenartigen Arbeiten in besonderem Maße studieren zu können, gehört zu den Vorzügen der Ausstellung, die auch sonst die Pariser „Salons“ wie Marquet, Derain, Maurice de Vlaminck gut zur Geltung kommen läßt, und Anekdoten an Problematik reist (Menoir, Gauguin, Henri Rousseau, van Dongen).

Ein gleichwertiges, für viele wohl noch erfreulicher wirkendes Gegenstück deutscher Malerei finden wir in den Gemälden Hans Purrmanns und des allen Dresdlern wohlvertrauten Karl Moll. Diese Matisse weisensverwandten Meister sind die anerkannten Bahnbrecher jener jüngeren Schule der reinen Malerei, die nur von der Farbe lebt, und sich nicht genug tun kann, ihre Bilder mit feistlicher Verachtung zu schmücken. Von Purrmann sei besonders ein blühender weiblicher Akt hervorgehoben, der, wenn sich als Dritter Rudolf Levi zugesellt, verleiht dem ihnen zugewiesenen Kabinett die Gesamtwirkung einer jubelnden, strahlenden Farbenfreude.

Hiemit wäre die Grenzschleiche zum Expressionismus schon beinahe überschritten, wenn man es überhaupt unternehmen will, den ewig lebendigen Fluß der Kunstentwicklung und seine sich kreuzenden Strömungen mit solchen unzulänglichen Schlagworten

anzureichern so sagte dieser es doch so auf. Er begann einen Wortwechsel und legte nach seiner eigenen, dem „Verl. Tagel.“ zur Veröffentlichung übergebenen Darstellung u. a.: „Es ist traurig, daß ein Staatssekretär in einer Republik die Freiheit besitzt, eine derartige Äußerung zu machen.“ Angesichts der Schwere des Falles wurden die energigsten Maßnahmen ergriffen. Dr. Wundt sandte an den Reichsjustizminister als den Vorgesetzten Bredows eine gekürzte Fassung und veranlaßte, als einzige Zeit verstrichen war, vom Minister, der Staatssekretär solle sich veranlassen bei Herrn Perceles entschuldigen. Dem „Verl. Tagel.“ genügt das noch nicht, es fordert die Entfernung Bredows aus seinem Amte, falls die in dem Briefe Dr. Wundts gemachten Angaben vollständig zutreffen.“ Damit scheint es jedoch zu hopen, denn auch Herr Bredow hat ein Schreiben veröffentlicht, nach dem sich die ganze Geschichte wesentlich anders angetragen hat. Von einer absichtlichen „Provokation“ ist nicht die Rede gewesen. Ohne den ihm untergeordneten Wortlaut zuzugewinnen, erklärt Bredow, es seien einige für Juden nicht freundliche Worte gewesen. Das Gespräch wurde unter Bekannten geführt und hatte zum Gegenstand die zur Genüge bekannten Zustände gewisser Kreise, in denen sich die Juden auffallend und belästigend breit machten. Zu einer persönlichen Auseinandersetzung mit Herrn Perceles, der sich durch einen Briefwechsel in die ihn gar nichts angehende Unterhaltung mischte, ist es nicht gekommen. Das Gespräch wurde sofort abgebrochen, nachdem sich Herr Perceles bemerkbar gemacht hatte. — Damit könnte ja nun die Sache abgehan sein, und sie wird es auch für viele sein. Nur nicht für das „Verl. Tagel.“, das den nunmehr entfalteten Vorwurf gegen den Staatssekretär Bredow in die breite Weschauptung umwandelt, daß allein die Tatsache, daß ein Staatssekretär der Republik öffentlich antisemitische Äußerungen tut, bezeichnend sei. Majores Cracens ist nicht die Privatmeinung des Herrn Bredow, sondern die Annahme bezeichnend, die in der Behauptung des „Verl. Tagel.“ liegt.

Die englisch-französischen Verhandlungen.

* **Paris, 27. Januar.** (Von unserem Sonderberichtshatter.) Der Londoner Temps-Korrespondent hat den Eindruck, daß sich in den Verhandlungen zwischen Lord Curzon und St. Aulaire eine Verschiebung der Vorbeurteilungen in London stattfinden würden, doch glaubt man aus den Mitteilungen des Temps-Korrespondenten entnehmen zu können, daß die Verhandlungen erst zwischen Lord Curzon und Poincaré wieder aufgenommen werden würden, wenn am nächsten Dienstage der englische Staatskanzler für Angeres nach Paris kommen werde.

Der Korrespondent erzählt ferner, daß man den aus Paris stammenden Gerüchten bezüglich einer russisch-deutschen Allianz keinen Glauben schenke. Diese soll angeblich ein militärisches und maritimes Aufeinanderarbeiten zwischen Deutschland und Rußland bedeuten und soll den Abschluß des englisch-französischen Garantievertrages voraussetzen.

Der Londoner Korrespondent des „Antislavery“ glaubt zu wissen, daß mit Ausnahme der französischen Forderung nach Abschluß eines Militär- und Morinabkommens, dem sich die englische Regierung energisch widersetze, die anderen Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden könnten. Die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und St. Aulaire werden erst nach der Rückkehr jenes nach London wieder aufgenommen werden. Vorher würde der Garantievertrag von dem englischen Staatssekretär mit Poincaré in Paris erörtert werden.

Man möchte es übrigens nicht für unbedingt sicher halten, daß Lord Curzon wirklich nach Paris kommen wird. Vielleicht wird der englische Botschafter in Paris, Lord Darnley, mit der Führung der Verhandlungen mit Poincaré beauftragt werden. Ob Poincaré della Torretta sich am nächsten Dienstage in Paris eintreffen wird, steht noch nicht fest.

einzuwandern. Es folgt der große Norweger Edward Munch mit einer eindrucksvollen Schmelandschaft und dem schmeligen, sommernächtlichen, von Liebespaaren bevölkerten Park, der tief und mühselig veranlagte Emil Nolde mit dem strengen Frauenkopf in geisthaft leuchtendem Gelb. Dazu Otto Müllers bei aller herbbedingten Stilisierung nicht amnestischen Mädchenanteils im Freien, und Franz Marc's kaleidoskopisches Farbenmosaik der „Vergangenheit“. Kokoscha und Pechstein (letzterer überreichlich), Kirchner und Seidel und ähnliche Künstler treten als ausgeprägte Vertreter expressionistischer Tendenzen auf.

Haben wir uns vor den Gemälden mit der Eigenart all dieser so mannigfaltig gerichteten Individualitäten vertraut gemacht, so bietet ein Handgezeichnetes Skizzenbuch, das auch noch treffliche Blätter von Käthe Kollwitz und den Bildhauern Georg Kolbe und Ernst Barlach enthält, Gelegenheit, die empfangenen Eindrücke zu ergänzen und zu verstärken. Das ganze Programm wird dann noch einmal aufgerollt in einem mit farbigen Pastellen und Aquarellen gefüllten Coale, wo sehr verschiedenen Geistes Kinder einträchtig beieinander hängen.

Dr. A. L.

Was ist uns Tagore?

Der vorjährige Besuch des indischen Dichters Rabindranath Tagore in Deutschland hat Erörterungen darüber veranlaßt, was sein Wesen und Werk für uns Deutsche zu bedeuten habe, und die Wertung ist bekanntlich recht verschieden ausgefallen. Eingehend behandelte diese Frage Prof. Dr. Eugen Kühnemann in Breslau in einem Vortrag über Tagore, den er am 26. Januar auf Veranlassung des „Vereins der Kunstfreunde“ hielt, und seinen Gedankengängen sei folgendes entnommen:

Der Zusammenbruch der europäischen Kulturwelt hatte uns zum Bewußtsein gebracht, daß in ihrem Kulturgedanken irgendwo ein verhängnisvoller Fehler war, daß wir eine Wendung zu einem neuen Leben aus einem neuen Geiste vollziehen müssen. In einer politischen Flugschrift „Nationalismus“, einer bereits zur Zeit des Vorkrieges niedergeschriebenen Auseinandersetzung mit dem Geiste des Westens, hat Tagore den Begriff der Nation gebildet als die Zusammenfassung aller Kräfte eines Volkes zum Zweck der Macht. Diese trage in sich selbst den Trieb zur Ausbreitung und Eroberung, während sie nicht auf die feineren Werte und Bedürfnisse der Seele achte, und so sei der natürliche Ausbruch des nationalisistischen Geistes der Krieg. Wir aber erfahren jetzt täglich, daß ein Volk verloren ist ohne Macht, daß Tagore also den Begriff der Nation zu eng faßt. Tatsächlich hat er, wenn er von „Nation“ spricht, England im Auge, als den Unterdrücker Indiens. Was wir uns also merken müssen, ist: Sofern der bloße Machtgedanke wirklich alle feineren Güter der Seele zum Einstreben bringt, alle die edleren Richtungen des persönlichen Lebens mißachtet, ist er die Todesgefahr für alle Völker der Gegenwart. Sofern aber Tagore meint, uns ausreden zu sollen, daß es der erste Gedanke des Mannes bleiben müsse, sein Volk in der Macht zu erhalten, die dessen Leben sichert, lehren wir, die jetzt ebenfalls von brutaler übermächtiger Vergewaltigung, seine Volkshaft auf das entsetzliche ab.

Aber trotzdem müssen wir die tiefen Gedanken und Meinungen in seinen Werken beherzigen. Deren Kern ist die religiös-philosophische Weltanschauung des Dichters, die danach strebt, die Harmonie mit der Welt und sich selbst, mit der Natur und Gott zu finden, und jedes Menschenwesen vor die Frage stellt: Was willst du tun? Willst du ein Leben der Macht und des

Schober wieder österreichischer Bundeskanzler.

Wien, 27. Januar. Nach dem Wahlvorschlag des Hauptauschusses legt sich das neue Kabinett wie folgt zusammen: Bundeskanzler und Inneres Schober, im übrigen keine Veränderung, nur daß der Ackerbauminister provisorisch die Leitung des Ministeriums des Äußeren übernimmt. Schober hat die Wiederbetragung angenommen.

Wien, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat wählte in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung Dr. Schober mit 80 Stimmen der Christlichsozialen und Bauernblöcker gegen 72 Stimmen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen zum Bundeskanzler wieder. Die neue Regierung setzt sich aus denselben Männern zusammen wie die alte. Nur ist Artelt als außerordentlichem außerordentlichen Minister Waber Dr. Freidle getreten und zum Finanzminister bestimmt worden. Der Bundeskanzler übernimmt das Ministerium des Innern und hat das Ministerium des Äußeren an Dr. Sennet abzugeben, der nebenbei noch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft vertritt.

Die versprochene Hilfe für Österreich.

Vor kurzem hatten wir gemeldet, daß England unter gewissen Voraussetzungen bereit sei, Österreich einen Kredit von 2½ Millionen Pfund zu gewähren. Wir geben von vornherein unserem Zweifel an einer wirklichen Hilfeleistung Ausdruck. Nun kommt aus Paris eine Meldung, die die Gewährung einer englischen Anleihe als unrichtig bezeichnet. Unser Pariser Sonderberichterstatter weiß darunter folgendes zu berichten:

Die von verschiedenen englischen Zeitungen gebrachte Meldung, daß die Gewährung einer Anleihe von 2½ Millionen Pfund für Wien unmittelbar bevorstehe, ist unrichtig. Lloyd George ist zwar überzeugt, daß man Österreich sofort Hilfe gewähren müsse, um eine Katastrophe zu vermeiden, aber das englische Kabinett hat die Überzeugung, daß alle Alliierten sich an dieser Kreditaktion beteiligen müßten. Allein keine England nicht insstande zu sein, Wien einen Kredit zu gewähren. Der Schatzkanzler gab der Ansicht Ausdruck, daß der englische Staatsschatz viel zu große Verpflichtungen nach allen Seiten eingegangen sei. Die ganze Angelegenheit wird demnächst von einem Kabinettsrat entschieden werden.

Daß es sich nicht um eine nur von England ausgehende Anleihe handelt wird durch folgende Nachricht bestätigt:

Wien, 27. Januar. Das Korrespondenzbüro meldet aus Paris: Gegenüber dem Empfang des österreichischen Gesandten beim Präsidenten Frankreichs betonte Millerand, er habe volles Verständnis für die Lage Österreichs und die Bemühungen der österreichischen Regierung um Ordnung der inneren Verhältnisse. Der Präsident erklärte die unaussprechbare Dringlichkeit der Hilfeleistung an. Die nicht nur zur Sicherung Mittel-Europas, sondern auch im eigenen Interesse Frankreichs geboten sei. Der Präsident sagte, er habe den Schritt Österreichs nicht abgelehnt, sondern die Regierungskommunikation aus eigenem Antriebe beschleunigt. Frankreich habe sich die Möglichkeit und Dringlichkeit der Frage vollkommen vor Augen. Wie verstanden, beabsichtigt die französische Regierung, schnellstens einzugreifen.

Das finanziell zugrunde gerichtete Österreich wird also weiter mit einer Entschlossenheit vertrieben und geht immer mehr dem Abgrund entgegen.

Reichstag.

SS Berlin, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Reichstag wurde heute Präsident Lübe zunächst der Abgeordneten Frau Biehl, die in der gestrigen Überlegung einen Vorschlag anstalt erlassen hatte und ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben in der Nacht verstorben war, einen warm empfundenen Nachruf, den die Parteien lebhaft anerkennen. (In unserer gestrigen Parlamentsberichterstattung hat durch einen Irrtum in der telephonischen Übermittlung eine Namensverwechslung mit Frau Biehl stattgefunden.)

In der Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung polemisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Frankfurt gegen Graf Westarp und die Deutschnationalen, denen er vorwarf, daß sie keine christliche Demut bewiesen, sonst hätte Graf Westarp gestanden und nicht so sprechen dürfen. Der Redner verteidigte jedoch die Politik Dr. Wirths, die doch einen, wenn auch nicht gerade großen Erfolg gehabt habe. Er trat jedoch für die Schaffung von Ordnung in unserem Haushalt ein. Die Besitzenden müßten Opfer bringen, dazu sei die Ersparnis der Auslandszinsen nötig. Auch die Landwirtschaft könne Zwangsanleihen aufnehmen. Wenn der Reichstag der Regierung zustimmen würde, hätten Arbeiter, Angehörige und Beamte einen anderen Reichstag gewählt, der ein noch größeres Kompromiß gemacht hätte als das jetzige. Aber wir haben erreicht, was in diesem Reichstag zu erreichen möglich war. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Frage der Kriegsverbrecher in Genf geregelt werden möchte und regte an, daß in Genua die allseitige Ausschreibung von Neuwahlen in Frankreich, England und Deutschland vereinbart werden möge, damit die Völker sich über ihre Haltung zum Friedensvertrage aussprechen könnten.

Der Abgeordnete Marx erklärte, daß das Zentrum geschlossen hinter den Programm des Reichstages stehe. Aus der Rede des Grafen Westarp zögerte er den Schluß, daß die Deutschnationalen die Fruchtlosigkeit ihrer negativen Politik einsehen. Auch weite Kreise der Landwirtschaft seien bereit, Opfer an sich zu nehmen. Von einem selbstmörderischen Vorgehen der Kompromißpartei könne keine Rede sein. Wenn Frankreich bei uns eingreifen würde, der Westarp noch ganz anders behauptet werden. Von der Politik Dr. Wirths hoffe er, daß sie uns in absehbarer Zeit wieder zum Aufstieg bringen würde.

Der Abgeordnete Dr. Breitscheid (M.D.) meint, wenn Graf Westarp unser Führer und Dr. Westphal unser Feind wäre, so würden wir nicht an die südlichen Gestecke von Genua gelangen. (Weiter.) Die Regierung dürfe nach Genua nicht nur Vertreter des Kapitals senden, sondern auch solche der Arbeiterwelt. Er polemisierte sodann, wie gewöhnlich, gegen den Kapitalismus und sprach die Ansicht aus, daß Neuwahlen in Frankreich das Ende des vorigen nationalen Blodes bedeuten würden. Mit der auswärtigen Politik der Regierung seien seine Freunde einverstanden, nicht aber mit der Finanzpolitik. Seine Partei sei nicht zur Steuervorberatung hinzugezogen worden. Der Reichskanzler wolle seine Politik mit der deutschen Volkspartei machen, das bedeute einen Wendepunkt der gegenwärtigen Revolution.

Abg. Dr. Becker-Plessen (D.Vp.): Von unserer Kritik, die wir bisher an der Regierung geübt haben, nehmen wir nichts zurück. Wenn es notwendig sein sollte, werden wir auch künftig Kritik üben. In unserer Mitarbeit ist keine Veränderung in unseren Anschauungen dem Kabinett Wirth gegenüber zu sehen. Wir haben mitgearbeitet, weil es die Not des Volkes erforderte. Alle, die Einsicht für diese Notlage und den guten Willen zur Abhilfe haben, müßten mitarbeiten, damit wenigstens der Anfang der Gesundung erfolge. Aus den früheren Reden des Reichskanzlers war zum wenigsten herauszulesen, daß wir erfüllen könnten, wenn wir wollten. Die Zwangsanleihe erschöpfte weder die Industrie noch den Handel. Sie ist gewissermaßen ein schweres Opfer für den Staat, namentlich für die Landwirtschaft, die große Summen für Düngemittel braucht. Sie war aber der einzige Weg, um die Not der Presse zum Stillstand zu bringen. Bei der Ausschreibung der Zwangsanleihe wird Rücksicht zu nehmen sein auf die Eigenart des Volkes. Wir haben ihr zugestimmt nach der Theorie des kleineren Übels. Wenn auch schwer, so ist es doch zu ertragen. Wir stimmten ihr zu, weil es bei der augenpolitischen Lage zurecht und notwendig erscheint, zu beweisen, daß das ganze deutsche Volk bereit ist zu zeigen, wie ernst es ihm ist, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Dann stimmen wir ihr zu mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage. Wir fordern aber Gewähr dafür, daß die Erträge so vollständig verrealisiert und einer wirklichen Sanierung im Reich zugeführt werden.

Der Abg. Reich (M. Vp.) glaubte Frankreich würde viel weiter kommen, wenn es sich nicht so von Haß und Furcht gegen Deutschland leiten ließe. Er verlangte scharfe Maßnahmen um die ins Ausland gebrachten Kapitalien zu erfassen. Sodann schied sich die beiden kommunistischen Parteien ihre Redner vor, die sich bei in besonders scharfer Weise gegen die Sozialdemokratie wandten, die sich im Steuerkompromiß wieder einmal den Vorurteilen der Einheitspartei gefügt hätte.

Abg. Hergt: Namens meiner Parteigenossen habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wie die gestrigen Ausführungen des Herrn Reichskanzler ergeben, hat die Reichsregierung endlich den Entschluß gefunden, auch ihrerseits die wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit der Erfüllung der uns auferlegten Kontributionen anzuerkennen. Sie hat sich damit jetzt auf den von uns von Anfang an vertretenen und inzwischen mehr und mehr zum Gemeingut der Bevölkerung gewordenen Standpunkt gestellt. (Widerspruch und Gelächter links.) Um die Regierung hierzu zu bringen, bedurfte es offenbar erst des Druckes der durch die Politik der Erfüllung herbeigeführten Zusammenbruches der deutschen Währung, des katastrophalen Anstieges der Steuern, des völligen Verfalls aller Wege weiterhin der uns durch das Londoner Ultimatum auferlegten Lasten in irgendwie gearteter Form und mit irgendwelchen Mitteln zu erfüllen. Aber auch jetzt hat sich die Reichsregierung, wie wir mit Bedauern feststellen müssen, noch nicht dazu durchgerungen, aus der Erkenntnis der Unmöglichkeit der Erfüllung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie fährt vielmehr auch heute in dem verhängnisvollen Verlaufe fort, das Unmögliche möglich zu machen. Einen solchen Versuch erleben wir in der Absicht, den Weg der Zwangsanleihe für die Reparationsleistungen zu betreten, ohne daß gleichzeitig eine für Deutschland tragbare Endlösung des Reparationsproblems erzielt wird. Auch wir sind bereit, für eine solche einträgliche Lösung weitgehende Opfer zu bringen. In der dem gegenwärtigen Stande der Dinge erblicken wir jedoch die schwerwiegende Gefahr des Beginns einer Zwangsvollstreckung für das nationale Vermögen und das Privateigentum des deutschen Volkes. (Ermächtigt rechts.) Auch die Mittelungen, die uns bisher über die zur Abwendung bereit liegende Note an die Reparationskommission gemacht wurden, erscheinen nicht geeignet, uns über die Salbung zu beruhigen, die die Reichsregierung in der Kontributionsfrage gegenüber den Entemächtigten einnimmt und weiter einnehmen wird. Die Weigerung des Herrn Reichskanzlers, der von Poincaré neuerdings wieder ausgeprochenen Forderung der deutschen Schuld am Kriege entgegenzutreten, scheint uns bezeichnend für den Geist, der die gegenwärtige Regierung beherrscht. Angesichts dieses Geistes sehen wir die Gefahr, daß jetzt wiederum die Reichsregierung durch ihre Unterfertigung der Verantwortlichkeit für das deutsche Volk eingeht, die uns dem Vorwurfe der Unzuverlässigkeit aussetzen. Aus diesem Grunde mißbilligen wir die von der Mehrheit gestellte Politik der Reichsregierung und lehnen jede Mitverantwortung für ihre Folgen ab. (Beifall bei den Deutschnationalen, Gelächter links und Zuruf: Wir gratulieren zu dieser Erklärung!)

Präsident Lübe teilt hierauf mit, daß vom Abg. Klotzner (D.) und 15 Abgeordneten ein Minderheitsvotum gegen die Regierung eingebracht sei. Der Abg. Hergt gab die Erklärung ab, daß die Stellung der Deutschnationalen zur Regierung durch die eben verlesene Erklärung genügend geklärt sei.

geklärt sei. Sie lehnten es ab, sich an dem Minderheitsvotum zu beteiligen. Eine gleiche Erklärung wurde von den Deutschen Volkspartei und auch von den Unabhängigen abgegeben. Das Minderheitsvotum wurde sodann gegen die Stimmen der kommunistischen Parteien abgelehnt. Die Unabhängigen enthielten sich der Abstimmung. Die Deutschnationalen verließen den Saal.

Hierauf wurde die nächste Sitzung auf Sonnabend 12 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung Fortsetzung der Verlesung der Interpellation über den Wagenmangel und kleine Vorlagen.

Preussischer Landtag.

In der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache über den Haushaltsplan für 1922 verlangte der Abg. Dreweil (Wirtschaftspartei) eine ökonomischere Verwendung der Beamtenkräfte, besonders bei den Finanzämtern, wo selten die volle Zahl der Beamten wirklich arbeite.

Der Minister des Innern Severing ging auf verschiedene Beschwerden der einzelnen Redner ein. Mit dem Abbau der Demobilisierungskommissionen können wir nicht beginnen, ehe wir ein verbessertes Arbeitsnachweisgesetz und eine gerechte Schlichtungsordnung haben. Der Vorwurf, den Beamtenverbänden zu weit entgegengekommen zu sein, kann nicht den Minister des Innern treffen. Mit der Forderung einer allmählichen Verringerung des Beamtenkörpers sind wir einverstanden. Von deutschnationaler Seite liegen aber viele Anfragen vor, die auf die Einrichtung neuer Beamtenstellen hinauslaufen. (Mutter rechts.) Überall, wo Offiziere im Verwaltungsdienst überflüssig geworden sind, werden sie für ihre eigentliche Aufgabe in der Schutzpolizei verwendet. Die Disziplin in der Schutzpolizei ist heute so gut wie nie. (Widerspruch rechts.) Wenn einige Polizeioffiziere der rechtsradikalen Presse das Gegenteil mitteilen, so sind diese Mitteilungen falsch. Anders ist es nur da, wo Vorgesetzte nicht erkennen, daß sie nicht mehr in einer Armee sind, wo sie Refruten drillen, sondern in einer Polizeitruppe, wo sie Beamte auszubilden haben. Gegen solche Offiziere werde ich mit aller Schärfe einschreiten und werde alle entlassen, die vor verammelter Mannschäft ihre Untergebenen mit Ausdrücken wie „Schweinchen“, „Kamel“ und parlamentarisch nicht mehr zureichenden Worten beleidigen. Gegen solche Elemente muß schon im Interesse des Publikums eingeschritten werden, damit solche Ausdrücke nicht in den Verkehr der Polizei übergehen. (Beifall b. d. Sop.) Wilde Streiks müssen mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Das darf aber nicht nur für die Arbeiter gelten, die ihre Arbeitskraft auszuhandeln, sondern auch für Landwirte und landwirtschaftliche Organisationen, die landwirtschaftliche Produkte zurückhalten. In der Bekämpfung des Spekulationslagers kann eine gerechte Steuerpolitik mehr leisten, als der Polizeieinsatz. Ohne den sichtbaren Beweis, daß die Besitzenden mehr zu den Steuerlasten beitragen wollen, können wir den Arbeitern der Unproduktion nicht zumuten, daß sie ihre Leistungen steigern. Die Regierung wird die Durchführung des Minderheitsvotums in der Beamtenfrage mit allem Nachdruck verlangen. Die Novellen zur Städteordnung und Landgemeindevorordnung werden mit größter Beschleunigung dem Landtag zugehen. Der Appell des Abg. Wallraf, um den Zusammenhalt Preußens bemüht zu sein, wird bei der Regierung stets Widerhall finden. Preußen wird durch seine Anziehungskraft dem Gedanken des Einheitsstaates dienen. Wurm hat sich Preußen angeeignet, Walddorf, Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold wollen folgen. Durch ein starkes, freies und friedliebendes Preußen zu einem starken und freien Reich. Das wird stets die Parole der Staatsregierung sein. (Beifall, Weisall links.)

Der Abg. Wilmers (D. Vp.) erklärte, die Ausführungen des Ministers wären nicht in allen ihren Teilen geklärt, dem Gedanken der großen Koalition zu dienen. Mit seinen Worten über die Polizeioffiziere habe er die Disziplin nicht gestärkt, sondern geschwächt. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Der Redner wandte sich dann gegen die Ausführungen des kommunistischen Redners und rühmte den alten Preukeneck.

Abg. Dallmer (Dn.) betonte dem Abg. Sellmann gegenüber, daß die von ihm so scharf angegriffenen Beamten der Finanzämter fast durchwegs von dem republikanischen Reichsfinanzminister neu angestellt worden sind. Das Zentrum habe kein Recht, sich über den Ton der deutschnationalen Presse zu beschweren. Ganz unbedenklich sei die sozialdemokratische Behauptung, daß republikanische Beamte terrorisiert würden.

Der Abg. Wallraf (Dn.) wiederholte noch einmal die Forderung, die Grundsteuer der Gemeinden vorzubehalten. Er widersprach dann der Darstellung des Abg. Dr. Landauer von der Kulturarbeit Preußens im Rheinland. Der Zentrumsführer wachte am habe in einer Schrift anerkannt, daß das Rheinland von Preußen sehr viel empfangen habe. In der Reichstagsfrage verhalte sich das Zentrum immer noch selbst mit dem Katholizismus. (Beifall, Zustimmung rechts.) Wenn das Zentrum die rechtsgerichteten Katholiken weiter von sich abstoße, dann würden diese sich immer mehr der Deutschnationalen Volkspartei anschließen. Damit schloß die allgemeine Aussprache.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen. Finanzminister Dr. von Müller erklärte in seiner Begründung, die jetzige Regierung bilige grundsätzlich den von ihren Vorgängern übernommenen Entwurf der staatlichen Grundsteuer. Sie lege sich aber nicht auf alle Einzelheiten fest und sei gern bereit, in einem Ausmaß an einer Verbesserung mitzuwirken. Ohne die Schaffung neuer steuerlicher Einnahmen sei der Staat nicht zu halten. Bei den geringen steuerlichen Möglichkeiten, die dem Staate verblieben sind, mußte er zur Grundsteuer greifen, schon um zu verhindern, daß das Reich auch darauf seine Hände lege. Die Regierung will unter keinen Umständen die Gemeinden schädigen. Aber es besteht auch für die Gemeinden ein durchaus die Möglichkeit, eine Grundsteuer neben der staatlichen zu erheben. Die 60 Jahre zurückliegende Veranlagung des Grundvermögens bedeute jetzt eine schreiende Ungerechtigkeit dem städtischen Grundbesitz gegenüber. So bringt beispielsweise die Stadt Königsberg 42 Proz. der gesamten Provinzialsteuern Ostpreußens auf. Die Gewerbe- und Gebäudesteuer sollten dagegen den Gemeinden überlassen bleiben. Das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden muß in steuerlicher Beziehung auf eine neue Grundlage gestellt und geklärt werden. Um möglichst bald Einnahmen aus der neuen Steuer zu erzielen, mußte die Veranlagung zur Ergänzungsteuer als maßgebend zu Grunde gelegt werden. Daraus ergab sich, daß als steuerbares Grundvermögen die Grundstücke einschließlich aller Bestandteile gelten müßten, die dauernd land- oder forstwirtschaftlich oder gewerblich genutzt Grundstücke oder einschließlich der Betriebsmittel. Die Steuer betrage jährlich 4 v. Tausend des Wertes. Als Wert gilt beim landwirtschaftlichen Grundbesitz das Dreifache, beim übrigen das Unterhalbfache des zur Ergänzungsteuer veranlagten Wertes.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Umwandlung der tschechischen Regierung.

SS Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Benesch wird, wie ein Prager Blatt anführt, voraussichtlich in nächster Zeit den Posten als Ministerpräsident niederlegen und sich auf den des Ministers des Auswärtigen beschränken, den er gegenwärtig neben dem Ministerpräsidenten verwaltet. An seine Stelle als Ministerpräsident wird, wie es heißt, der gegenwärtige Gesandte in Berlin Tusaar treten, der bereits früher Ministerpräsident war. Auch andere Ministerstellen sollen anders besetzt werden. Neben der Unmöglichkeit, das Ministerpräsidentium und das Ministerium des Auswärtigen gleichzeitig zu verwahren, werden für diese Umänderung der tschechoslowakischen Regierung Gründe der inneren Politik maßgebend sein.

Reichstagsabgeordneter Frau Riehl. Die Reichstagsabgeordnete Frau Riehl (unabhängig), die am Donnerstag im Reichstag einen Ohnmachtsanfall erlitt, ist am 27. Januar gestorben. In das Reichstagsmandat der Frau Riehl im Wahlkreis 2 (Berlin) wird der unabhängige Sozialdemokrat Wilhelm Hoffmann-Werlin eintreten.

Genußes, aber willst du in deinem Leben deine Seele finden, in der du Gott findest? Die Seele ist nicht jenes sogenannte Bewußtsein, dessen Gefühlsleben die Schulpsychologie uns ausmalt, sondern ein Innerliches im Menschen, das uns ein ganz anderes Begreifen der Welt als das mit dem bloßen Verstand ermöglicht: ein intuitives Erkennen, in dem wir die Dinge als einen Ausdruck des Göttlichen verstehen lernen, das Dasein als einen Durchgangspunkt zum Ewigen und Unendlichen. Die Weisheit Tagores will uns auch nicht vom Leben der Tat ablenken; ihm bedeutet das zu erstrebende Nirwana nicht die Selbstauflösung des menschlichen Daseins, sondern die Selbstauflösung der selbstischen Gier, die Selbstverfüllung der Seele im Göttlichen durch die Tat, die alle Möglichkeiten in uns zur Erfüllung und Verwirklichung bringt.

Diese Volksschaft klingt aber gar nicht als etwas fremdartiges in unser Leben hinein. Die darin verkündete Weltanschauung ist auch die des sogenannten deutschen Idealismus, der die größten deutschen Denker und Dichter gekuldt haben und die besonders klaren Ausdruck durch Leibniz und Goethe fand. Auch die Gedanken Tagores erscheinen somit nur als Ausdruck der allgemeinen indoeuropäischen Weltanschauung. Wenn er ein Führer ist, ist er nur ein Führer zu uns selber. Von außen kann uns kein Erhöht kommen, jedes Volk erlöst nur sich selbst, aber ein Auser mag er uns sein, der unsere Seelen in jene Richtung lenkt, in der die höchsten Gedanken erwachen, die wir hervorbringen haben aus eigener Kraft!

Konzerte.

Klavierabend Friedberg. Was uns der große Pianist Carl Friedberg in seinem Konzert am Donnerstag bot, war wieder von wunderbarer poetischer Schönheit. Friedberg darf als Klavierpoet allerersten Ranges angesehen werden. Unter seinen Sängern, die wie federnder Schuß und mit größter Annuit zu spielen vermögen, blüht Klavierpoet-Schönheit empor, wie sie nur in tiefen Künstleraturen zu Hause ist. Nach der G-Moll-Sonate Op. 10 von Beethoven, die ihren innigsten Inhalt in ebelfter Form erschloß, spielt Friedberg die sogenannte Mondschinsonate. Endlich erklang der erste Satz wieder einmal so, wie es sich gebührt. Wie oft wurde er in der letzten Zeit nur einfach erledigt. Schumanns Kinderzügen Op. 15 entzündet in ihrer Frische und Poesie ebenso wie die lieblichen Stücke von Schubert. Der Beifall nach ihnen erhob sich mit rauschender freudiger Dankbarkeit. Drei Chopinsche Stücke (Ballade G-Moll, Nocturne As-Dur, Walzer As-Dur), geistvoll und reizvoll gespielt, ebneten den wertvollen Abend. Der ungünstige Vorkursaal und platzfüllende Zuspätkommende hörten häufig Ruhe und Aufmerksamkeit.

Dr. Fr. Fr. Orchesterverein. Tschaikowskys gedankenreiche, mit dem schmerzlichen Akute-Motiv in den tiefen Streich- und Holz-Instrumenten beginnende und in raffinierte Harmonik gekleidete Symphonie G-Moll (Nr. 6) kam am Donnerstag unter M und r in schöner Wiederholung. Auch dem Vokalchor-Vorwurf wurde eine gute Darbietung zu teil; nur die den Violinen zugewiesenen Anstalten klangen noch nicht „traumatisch“ an. Als Solisten hörte man zuerst Thilde Wittner, die in 8 Liedern von Grieg einen auf treuherben, reifenreife Melosopran ausstieß, im ersten aber, wohl infolge heftigen Lampenfiebers, schwer distanzierte. Weiter sang sie Strauß und Schubert. Des letzteren „Auf dem Wasser zu sitzen“ und „Der Rosenkranz“ schienen ihr besonders gut; nur der Ausdruck war noch etwas starr. Riehl Landier spielte Beethovens G-Moll-Klavierkonzert Nr. 4 technisch recht sauber und gedächtnismäßig sicher, im Musikstil allerdings allerdings nicht straff genug. Sehr weich und melodisch klang ihr Anschlag im Piano. Das Konzert war gut besucht. A. Z.

 Dujardin's Brandy
Dujardin & Co. Importers, New York City

und kommen und um Koble bitten: Kappes vor Mille, mit rot- und blaugelben Seiten und oft wenn in laubenschattiger Stellung. Und nicht selten sind es Menschen, die sich nie hätten träumen lassen, daß sie einmal würden um Koble bitten müssen. — Wir sind so froh, daß wir gerade jetzt 20 Tonnen Koble bekommen haben, das sind 400 Rente; damit lassen sich eine ganze Menge Armen unterstützen. Einen Teil der Koble tragen unsere armen Freunde selber, wenn sie irgend dazu in der Lage sind, aber das andere müssen wir ihnen ausbringen, deren Vorrat nicht eingestoren sind. Die monatliche Bezahlung einer Koble kostet jetzt mindestens 60 Mk. Jeder mag sich selbst anschauen, wieviel Armen wir im Februar helfen können. Vizepräsident Schüller, Leiter der Stadtmission, Breslau 3, Postfach 6/8, Postfach 10633.

Wohlfahrtslotterie. Die Zentrale für Ausverkauf, deren Aufgabe es ist, im Anschluß an das Ausverkauf der Wohlfahrtslotterie der einzelnen Rente fortzuführen, Schenkung zu stellen oder die Kinder auf dem Lande unterzubringen, jedenfalls aber noch Mitleid mit der Not der Armen, erziehung zu bewahren und als brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft wiederzugeben, veranstaltet Mitte März dieses Jahres eine Lotterie. Sie ist dazu wie so viele andere Wohlfahrtsunternehmungen auch, durch die Not der Zeit gezwungen und kann in: Einbildung auf ihre wohl als einen als feierlich anerkannte Tätigkeit auf die Unterstützung weiterer Werke zählen. Die im Anhang, Schweizer Stadtkarte 4, 2. Teil im Rahmen der Nummer 2, Anmerkungen von Gewinngebern werden von Frau Oberlandesgerichtspräsidentin Greiff, Hohenzollern-Strasse 15/17 in Empfang genommen. Muß der Lotterie ein Teil verbunden.

Sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feiert der Eisenbahnmann, Rechnungs-Verwaltungsrat, am 1. Februar und tritt am 1. März d. R. in den Ruhestand. Seit dem 12. April 1909 leitete er die Güterabfertigung Breslau-West, und zwar unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen, die entworfen waren durch den Umbau, den Krieg und durch die Überführung des Güterverkehrs aus den alten in die neuen Verhältnisse. Eine öffentliche Meiterverkaufung findet Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr im großen Saale des Gesellschaftshauses „Wartburg“, Mauritiusplatz 4, statt, als Protokollveröffentlichung, gegen die Aufhebung der Anwartschaft im Wohnungsvertrag.

Vom Markt.

Der Gemüsemarkt in den Markthallen werden immer weniger, der Frost hat viele Gemüse in ihrer Güte geschädigt, und was etwa noch tauglich in die Hallen kommt, das gerät unter Umständen in die Hände der Händler, die auch die Kaufkraft stark nachlassen, und die Verkäuferinnen haben ihre „Schwächen“ hauptsächlich mit Äpfeln angefüllt. Die Preise sind wieder in die Höhe gegangen; am stärksten ist das heimische Winterkohl der Fall: das Pfund kostet jetzt 5 Mk., ist also in der letzten Woche um 50 Pf. gestiegen. Dasselbe Erhöhen hat das Weißkraut erfahren, das jetzt 2.80 Mk. für das Pfund kostet, sowie die Petersilienwurzel, für die man 5 Mk. verlangt. Mohrrüben, die mit 1.80 Mk. verkauft werden, sind um 30 Pf. teurer geworden. Weißkraut kostet trotz seiner nicht ganz einwandfreien Beschaffenheit 3 Mk. Schwarzwurzeln kosten 5. Selleriewurzel 4 Mk. Erdbeeren, rote und weiße, sind in den Hallen seit drei Wochen auf 1 Mk., 1.80 Mk. und 1.00 Mk. für das Pfund, das Schnittlauch fordert man 45 bis 50 Pf., für ein paar Stengel grüne Petersilie 1 Mk. In den letzten Tagen kam aus der Provinz ein großer Haufen an, der jedoch einen so hohen Verkaufspreis bedingte, daß er nicht unter 11 Mk. für das Pfund verkauft werden konnte. Da wenig Aussicht vorhanden ist, daß er zu diesem Preise guten Absatz findet, so liegen die meisten Gemüsehändlerinnen gar nicht auf seinem Einkauf ein.

Die Obstbörse scheint sich von Woche zu Woche zu vermindern, so viel sieht man in den Markthallen, das Pfund liegt zwischen 4 und 7 Mk. Die noch vorhandenen Birnen geringer Güte, sogenannte Korb-Birnen, sollen 6 Mk. kosten. Eine Zitrone wird mit 1.20 Mk. bis 1.40 Mk. verkauft, eine Apfelsine mit 1 Mk. bis 4 Mk.

Der Geflügelmarkt weist außerordentlich wenige Vorräte auf; mit Gänsen ist es fast ganz vorbei, Hühner sind ganz spärlich, da man sie erst abschachtet, wenn sie sich als schlechte Legetiere erweisen, dagegen stehen die Puten jetzt im Vordergrund. Gänse gehen auch dem Ende zu, der Preisverfall wird in wenigen Tagen eintreten. — Butter und Eier sind gerade in den letzten Tagen ziemlich stark gefallen. Ein Ei kostet 4 Mk. und darüber, das Pfund Landbutter 42 Mk., das Pfund bester Molkebutter aber bis 48 Mk.

Am Fischhandel sieht es traurig aus. Die Seefische sind ebenso knapp wie in den letzten Wochen, da sich die Lieferung der Dampfer mit Kofen noch nicht verbessert hat. Das Pfund Kabeljaufollet 14, Seelachs und Lengfisch 12. Goldbarsch 9 bis 10 Mk., Portionsschellfisch 10 Mk. Von Mäherwaren sind Schellfischlinge und echte Kieler Sprotten erster und zweiter Güte vorhanden.

[Stadttheater.] Sonnabend 7 Uhr: „Der Rosenkavalier“ mit den Damen Dannenberg, Horner-Halbach, Gajewski, Gsch. Marquardt, Ochs-Wahl und den Herren Haber, Hauschild, Rudow, Raubert, Wilhelm, Wilmski. Musikalische Leitung Dr. Ernst Trautwein, Spielleitung Dr. Rother-Wallerstein. Am Donnerstag den 2. Februar wird in neuer Einföhrung „Der Zigeunerbaron“ gegeben. Die musikalische Leitung hat Julius Prütner, die szenische Dr. Georg Baulh.

[Volkstheater.] Sonnabend und Sonntag „Das Weib auf dem Tiere“ an ermäßigten Preisen und erstmals im Volkstheater, das Lustspiel „Im weissen Röhl“ ausgeführt.

[Theater.] Sonnabend „Lumpacivagabundus“. Die Aufführung steht unter Alexander Marcks Regie und bringt im dritten Bilde des Stückes eine große Konzertszene mit Gesangsduetten der Damen Vona Rotheles und Käthe Schellmeier, Violinspiel von Fräulein Hanna Schmad und Tanzen darbietungen von Fräulein Hilse-Wenke. Am Sonntag nachmittags wird zum letzten Male Paula Heimanns Märchen „Die Siebenmeilenstiefel“ (zu kleinen Preisen) gegeben.

[Neger-Fest.] Das ursprünglich für Pfingsten 1921 geplante große Neger-Fest der Neger-Gesellschaft mußte wegen des Poleneinfalles verschoben werden. Es findet nunmehr bestimmt vom 29. April bis 1. Mai d. J. in Breslau unter Leitung von Georg Dohm und Mitwirkung erster Solisten (Fris und Adolf Busch, des durch seine jüngste triumphale Reise durch Südamerika bekannten Wundlung-Quartetts, Emma Leiser u. a.) statt. Vorstellungen nimmt das Büro des Breslauer Orchestervereins in Breslau, Schubbrücke 77, entgegen, das auch Quartiere vermittelt.

[Festus-Buch.] Das große Festus-Buch-Programm mit Camillo Maier auf dem Turm nur noch wenige Tage. Am 2. April am Trapes in der Festus-Buch gibt heute abend eine Abschiedsvorstellung.

Klagen über die Post.

Die Sympathien des Volks für die Post haben durch die dauernde Erhöhung der Postgebühren und durch die Einziehung von Straßporto erheblich abgenommen. Es ist bereits früher in der Schlesischen Zeitung festgestellt worden, daß die Post keine Straßgemalt habe. Es wäre deshalb nur recht und billig, wenn das Volk einmütig verlangte, daß dieses Mangel abgeändert werde. Die Post ist für das Volk da, und nicht das Volk für die Post.

Dr. T.

Bei
Grippe-Gefahr
schützen die fachärztlich empfohlenen
Panflavin-Pastillen
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Handelsteil.

New-York, 27. Januar. (Funkdienst.) Wechsel auf Berlin Schlusssatz 100 Mk. = 0.49% Dollar. Hiernach stellt sich in Deutschland ein Dollar rechnungsmäßig auf 201.005 Mk.

Allgemeine Deutsche Creditanstalt Leipzig—Schlesische Privatbank Breslau.

* Die seit einiger Zeit bestehenden Konzentrationsbestrebungen einiger großen Provinzialbanken haben dazu geführt, daß die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig, der Barmer Bankverein und die Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München eine engere Interessengemeinschaft eingegangen sind und sich in gewissem Sinne zu einer Provinzialbank vereinigt haben. Diese Provinzialbank, die ihr Interessengebiet hauptsächlich im Westen und Süden des Reiches hat, sucht sich nun auch auf Schlesien auszuweiten. Schon vor einigen Tagen war gemeldet worden, daß in der Generalversammlung der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Mitteilungen gemacht worden sind, die auf Verhandlungen mit der Schlesischen Privatbank A.G. in Breslau hinzielen. Diese Verhandlungen sind nunmehr zum Abschluß gelangt, denn im Angeigenteil der vorliegenden Nummer ladet die Schlesische Privatbank ihre Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf den 28. Februar 1922 ein zur Beschlußfassung über Verschmelzung mit der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt. Diese wird, die Genehmigung des Verschmelzungsvertrages vorausgesetzt, die Gesellschaft der in ihr aufgehenden Gesellschaft durch eine von ihr in Breslau neu zu errichtende Filiale weiterführen. Die Niederlassungen in Landeshut, Biegenhals und Schmieberg werden als Zweigstellen der Creditanstalt fortgeführt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder der Schlesischen Privatbank verbleiben in der Leitung der Breslauer Zweigniederlassung der Credit-Anstalt. Die Mehrzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates treten in einen besonders zu bildenden Vorkaufsausschuß ein, der der Leitung der Filiale Breslau beratend zur Seite steht. Über die Art und Weise des Aktienumtausches wird erst in der Generalversammlung Näheres mitgeteilt werden.

Die im Jahre 1856 gegründete Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt ist eine der ältesten Banken Deutschlands. Ihr Aktienkapital ist erst vor wenigen Tagen auf 400 Millionen Mark erhöht worden. Außer den bereits genannten Banken steht sie noch in näheren Beziehungen zur Disconto-Gesellschaft in Berlin, zur Bank für Thüringen vorm. S. M. Strupp A.G. in Weimern und zur Anhalt-Desauischen Landesbank A.G. in Dessau. Einschließlich ihrer Depositionen verfügt sie zurzeit über 18 Milliarden. Die Schlesische Privatbank ist aus der im Jahre 1889 gegründeten „Breslauer Credit-Bank“, Genossenschaft m. b. H., hervorgegangen. Diese bestand sich lange Jahre hindurch in der Bismarckstraße und konnte im Jahre 1913, als die Geschäftslage sich ausdehnte, in ein eigenes Bankgebäude in der Tauenzienstraße übersiedeln. Unter zwei Geschäftsführern hat die Bank, wie einmütig, zweimal schwierige Zeiten durchgemacht und konnte das eine Mal nur durch Abzehrungen von den Mitgliederbeträgen und Zinsen der Aufsichtsratsmitglieder saniert werden. Im Sommer 1921 wurde, nachdem die Fortführung des Unternehmens als Genossenschaft unmöglich erschienen war, die Creditbank in eine A.G. umgewandelt. Jetzt verfügt die Gesellschaft in Breslau, soweit bekannt ist, über einen guten Kundendienst.

Anhalten des Notendrucks.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. d. M. ist die gesamte Kapitalanlage während der dritten Januarwoche über die in der Vorwoche eingetretene Belastung hinaus wieder zurückgegangen, und zwar um 5.347.8 Millionen Mark. Die bankmäßige Deckung für sich allein genommen ermäßigte sich um 5.330.5 Millionen Mark. Die fremden Gelder der Bank sind der Bewegung der Anlagebestände im wesentlichen gefolgt, indem sie um 4.247.2 Millionen Mark abnahmen. Erreichte dieser Weise hielt der Rückgang an Zahlungsmitteln, der in der ersten Monatshälfte eingekehrt hatte, auch in der Berichtwoche weiter an. Der Banknotenumlauf verminderte sich um 704.3 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 180.6 Millionen Mark auf 8.011.5 Millionen Mark. Insgesamt sind an Noten und Darlehenskassenscheinen in der dritten Januarwoche 834.9 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgeliefert gegenüber 630.8 Millionen Mark in der Vorwoche und 703.5 Millionen Mark in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Darlehenskassen hatten von Seiten einiger größerer Darlehensnehmer zu befriedigen. Der Darlehensbestand erhöhte sich infolgedessen um 1.160.1 Mill. Mark auf 13.204.9 Millionen Mark. Der Bestand der Bank an Darlehenskassenscheinen zeigt einen Zugang um 1.296.6 Millionen Mark auf 5.133 Millionen Mark.

W.B. Berlin, 27. Januar. Wochensumme der Deutschen Reichsbank. Ausweis vom 23. Januar 1922.

1920	1921	gegen die Vorwoche	1922	gegen die Vorwoche
1.107.188	1.098.808	+ 0.360	1.008.706	+ 1.621.000
1.089.804	1.091.037	+ 0.001	995.391	+ 1.000
11.131.924	22.009.679	+ 623.640	5.238.173	+ 1.297.609
4.419	2.000	+ 0.258	6.494	+ 923.000
33.882.380	84.499.388	+ 5.294.970	1.548.678	+ 214.219
13.841	4.094	+ 8.918	117.723.327	+ 512.218
167.616	174.110	+ 8.910	20.403	+ 6.781
2.076.776	8.650.011	+ 75.960	193.140	+ 8.981
180.000	180.000	unveränd.	6.054.035	+ 1270.158
99.490	104.258	unveränd.	Grundkapital	180.000
35.984.021	60.018.458	+ 623.252	Reservefonds	121.413
9.177.208	11.426.851	+ 4.110.584	Noten-Umlauf	111.858.606
3.545.817	3.368.629	- 112.250	Reserve-Umlauf	3.997.841
			Privatguthaben	13.911.251
			Sonstige Passiva	1.718.875

Ausschüttung Schlesischer Pfandbriefe. Der dritte Fogen der vorliegenden Nummer enthält das Verzeichnis der zum 28. Juni 1922 fälligen Schlesischen Pfandbriefe, sowie ein Verzeichnis der für frühere Termine fälligen, aber noch nicht eingelieferten Pfandbriefe. Die Kündigung umfaßt folgende Beträge:

3 1/2 % alllandschaftliche Pfandbriefe im Betrage von 200 Mr.	600.—
4 % alllandschaftliche Pfandbriefe im Betrage von 630 Mr.	1.850.—
4 % Pfandbriefe Lit. D im Betrage von	98.701.—
Zur Verzinsung fällig	
3 1/2 % alllandschaftliche Pfandbriefe zum Umlauf 80.340 Mr.	295.020.—
insgesamt 399.300.—	

Baugesetze. Magdeburger Mühlen 537, A.G. für Pappfabrikation 150, Varginer Papierfabrik 60, Rung Treibereien 240, Wege 48. Hierarchische Kreditanstalt 64, Franconia 253.

Dividendenabschlag. Vom 27. Januar 1922 ab werden Gläubiger der Eisenbahn Aktien 18 Proz. ausschließlich Stammanteilscheine für 1920/21 an der Berliner Börse gehandelt und notiert.

Kursstabilität der Bank für Handel und Industrie. Die Kursstabilität der Bank für Handel und Industrie im zweiten Halbjahr 1921 hat die Bank für Handel und Industrie in einem überaus günstigen Licht hervorgehoben, das sie an ihre Kundenschaft verspricht. Den Schlusssatz der Monate Juli bis Dezember ist der Kurs im letzten 1913 gegenübergestellt, feiner eine Vergleichstabelle der Aktienkapitalien Ende 1913 und 1921.

Gräf. Schaffgotsche Werke. Der Widerruf über die Beteiligung englischen Kapitals veranlaßt die Verwaltung zu erklären, daß der Widerruf von dem Generaldirektor Werner, der ein unbedingter Anhänger der französisch-polnischen Orientierung ist, ausreicht. Die Beteiligung englischen Kapitals ist aber, wie der „N. A. M.“ berichtet wird, tatsächlich in die Wege geleitet und zwar durch Graf Schaffgotsch selbst.

Neueste Handelsnachrichten.

* Breslau, 27. Januar. (Eigener Korrespondent.) — Dividenden vorläufige. Warenkreditanstalt in Hamburg 20 (14) Proz., Sinalco A.G. 15 Proz. und 30 Proz. Bonus, letztere auf Exportgewinnen (i. H. 15 Proz. Dividende und 15 Proz. Bonus). Optima Schiffahrt in Hamburg 10 Proz. — In dem Prospekt über die neuen Aktien der Anhaltischen Kohlenwerke A.G. kann für 1921 wieder auf ein befriedigendes Ergebnis (i. H. 12 Proz.) gerechnet werden. — Die Hanger Kuchfabrik A.G. ist gut beschaffen, so daß für 1921/22 mit einem voraussichtlich befriedigenden Ergebnis (18 Proz. Dividende) gerechnet werden kann.

Berlin, 27. Januar. Börse. (Schluß.) Im weiteren Verlauf der Börse wurde das Geschäft noch stiller, da die Kurse zum Teil abrückten. Trotzdem konnte man von einer schwachen Tendenz nicht gerade sprechen, da die Kursrückgänge im Verhältnis von der Kurshöhe nur gering war. Die Nachbörse schloß geschäftlos. Der Dollar wurde mit 200 angeboten. Um 2 1/2 Uhr notierten: Canada 155, Schantung 446, U. S. G. 600, Anglo-Guang 1212, Vöckner 915, Wüsten 880, Deutsche-Luxemburger 825, Deutsche Eisenhandels 925, Essener Eisenhütten 1100, Aktien u. Guislaume 650, Gelsenkirchener 858, Wörflicher Waggon 860, Goldschmidt 1102, Karpener 1480, Alie Bergbau 1300, Wüstenleben 855, Kattowitzer 830, Köln-Messe 1290, Laurahütte 885, Linke-Hofmann 911, Lothringener Stille 770, Mannesmann 1292, Oberbedarf 770, Caro 705, Oberlorenz 1760, Phoenix 1009, Rheinische Braunkohlen 1235, Rheinisch 1025, Niederrhein 1300, Rombach 735, Rütgerswerke 870, Siemens 749, Thale 4125, Westeregeln 2310. — Im freien Verkehr stellten sich: Sinalco 1920 320 G., 385 B., Schiffsregens 1205, Randfeld 1060 G., Vorkaufaktie 1060 G., Elite 405, Nienber 850 G., Scheidemandel 1725, Benz alte 580-570, Tins alte 605, Christoph u. H. m. a. 805, Federstahl 510, M. Wolf 830.

Berlin, 27. Januar. Auslandswechsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Geldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

168.74	4 1/2	Amst. 100 Fl.	7360.106	7367.604	4.193	New-York 1 Doll.	201.291	199.556	
			7374.908	7382.402		100	201.716	199.928	
81.	5 1/2	Breslau 1000 Kr.	1569.400	1570.901	81.	6 Paris 100 Frs.	1645.851	1638.558	
			1571.608	1574.106		100	1649.156	1641.652	
112.50	7	Christiansburg 100 Kr.	3134.355	3151.806	81.	4 1/2 Schweiz 100 Fr.	3930.056	3886.106	
		do.	3140.558	3153.208		100	3941.956	3893.908	
112.50	7	Hagenburg 100 Kr.	4030.955	4020.955	81.	5 Spanien 100 Pes.	3041.956	3006.956	
		do.	4039.055	4029.058		100	3048.051	3015.058	
112.50	7 1/2	Stettin 100 Kr.	6038.955	6004.955	85.06	6 Wien (i. H. abg.)	5.788	5.688	
		do.	6050.058	6015.058		100	5.825	5.522	
81.	9	Hamburg 100 Kr.	382.106	377.606	85.06	6 Prag 100 Kronen	391.606	367.606	
		do.	383.408	378.408		100	392.406	363.406	
81.	6	Halle 100 Lira	889.106	879.106	85.06	6 Budapest 100 Kronen	23.721	27.721	
		do.	890.908	880.908		100	23.781	27.781	
20.43	7	London 1 Pfd. St.	852.606	846.656	—	—	—	—	
		do.	854.408	848.358	—	—	—	—	
Buenos-Aires 70.52 1/2 A. 70.72 1/2 B					Bulzarica 129.10 G. 129.40 B.				

Ruenos-Aires 70.52 1/2, 70.72 1/2, B. Bulgarien 129.10 G. 129.40 B. — Räter amtliche Notierungen vom 27. Januar. (Eig. Z. e. l.) Englische Noten 856.10—857.00, Französische Noten 1683.30—1686.70, Belgische Noten 1678.40—1681.80, Holländische Noten 7392.00—7407.40, Amerikanische Noten 203.04—203.46, Schweizer Noten 898.05—894.05, Italienische Noten 805.10—806.90, Stockholmer Noten 5049.00—5060.10, Ruenobogen 4040.95 bis 4049.05, Aristilia 3146.85—3153.15, Spanien 8021.05—8028.05, Prag 391.00—392.40, Olenpelt 28.72—28.78, Wien (neue) 5.68—5.92. w. Krefeld, 27. Januar. Wechsel auf London 11.604, Berlin 1.364, Paris 22.274, Schweiz 55.50, Wien 0.064, Ruenobogen 54.70, Stockholm 64.45, Aristilia 42.58, Krefeld 27.45, Brüssel 21.324, Madrid 41.03, Italien 12.074.

w. Berlin, 27. Januar. Produktienmarkt. Nachdem gestern nachmittags und heute früh die Tendenz der Getreidepreise etwas fester gewesen war, bröckelten die Preise im Mittagsverkehr bei der ohnehin nur geringen Unternehmungslust mäßig ab, so daß die von auswärts vorliegenden hohen Forderungen nicht durchzusetzen waren. Dies bezieht sich vornehmlich auf Roggen und Weizen, wobei allerdings die Preise für letzteren sich besser hielten. In Getreide hat die Nachfrage der Wiener nachgelassen, wegen der sich für mittlere Qualitäten seitens der Kaiser-Erbschäferin erhält. In Hafer und Mais waren die Liefersätze gering. Von Hülsenfrüchten hatten Vitorias und grüne Speiseerbsen lebhaften Verkehr. Wicken sind sehr fest und knapp. Für Pelusien gab es Schließen höhere Preise. Aberbohnen sind inwieweit angeboten.

Amtliche Notierungen für 50 kg

27.	26.	27.	26.
Weizen märkischer	408—410	410—408	—
pommerscher	—	407—405	—
schlesischer	408—410	407—406	—
Roggen märkischer	319—316	315	—
pomm.	—	314	—
schlesischer	—	314	—
Wintergerste märkische	—	—	—
Sommergerste märk. u. schles.	370—372	373—375	—
Hafer märk.	304—307	300—302	—
do. pomm.	296—302	300—302	—
do. schlesischer	—	300—302	—
Wicken oöstr. 315.	—	—	—

Kartamtliche Preise (für 50 kg ab Station):

27.	26.	27.	26.
Vitorias-Erbien 460—430	460—430	Einfachsen	—
Erbien, kleinere 315—365	345—365	Erbsenmehl	305—310
Kutter-Erbien 305—325	305—325	Jucherschneitel	—
Adorbonen	—	Wicken, gut.	112—120
Wicken	530—550	do. geit.	100—104
Lupinen, blaue 265—285	265—285	Kleeheu	—
do. gelbe 310—320	310—320	Stroh, drahtgep.	38—42
Erbsen, neue 440—430	440—430	Stroh, gep.	44—46
do. alte 325—300	325—300	do. gebündelt	—
Kartoffeln 285—300	285—300	Kartoffeln	37—38

Bremen, 27. Januar. American fully middlings good colour and staple lots 79.75 per 1 kg.

w. Berlin, 27. Januar. Metalle. Elektrolyt (Wechsel), prompt, 417 Hamburg, Bremen oder Rotterdam 6563, Raffinaderpfer 99/99.3 Proz. 6575 bis 6585, Originalhüttenweiche 2000—2075, Originalhüttenrohrs, Preis im freien Verkehr 2160—2200, Weiss des Hüttenverbandes 2170, Remelien-Blattensant von handelsüblicher Beschaffenheit 1050—1700, Originalhüttenaluminium 98/99 Proz. in gelebten Massen 8600, do. in Maß- oder Erbsenbarren 8800, Zinn, Banca, Straits, Austral., nach Wahl des Abnehmers 13.00 bis 13.600, Zinnzinn, mindestens 99 Proz. 13.200—13.300, Zinnzinn 98/99 Proz. 12.400—12.700, Antimon-Regulus 2160—2175, Silber-Barren (etwa 900 fein) 3725—3760.

w. Hamburg, 27. Januar. Metalle. Silber (etwa 900 fein) prompt 3800 Br., 3775 Geld, Januar 3800 Br., 3775 Geld, Februar 3800 Br., 3760 Geld, März 3800 Br., 3750 Geld, April (Küstenroh) prompt 2225 Br., 2175 Geld, Januar 2225 Br., 2175 Geld, Februar 2225 Br., 2175 Geld, März 2225 Br., 2175 Geld, do. (umgeschmolzen) 1725 Br., 1700 Geld, April (Originalhüttenweiche dopp. raff.) Lagerware 2050 Br., 2000 Geld, do. Original ab Güte 2075 Br., 2000 Geld, do. (Weichele dopp. raff.) 1975 Br., 1900 Geld, Zinn (Banca) prompt 139 Br., 136 Geld, do. Lieferung 4 Wochen 139 Br., 136 Geld, prompt 137 Br., 133 Geld, Januar 137 Br., 133 Geld, Februar 137 Br., 133 Geld, März 137 Br., 133 Geld, April (größer. Catboden) 014 Br., 60 Geld, do. (Affinate) 58 Br., 56 Geld, do. Wierbars 63 Br., 62 Geld, Quecksilber 200 Br., 240 Geld, Antimon 20 Br., 18 Geld, Elektrolyt Kupfer 6300 Br., 6200 Geld, Gold 122—135, Platin 550—550.

Hauptgewinn 150 000 Mk. bares Geld
Ziehung bis 31. Januar
Große Freiburger Geld-Lotterie Lose à 7 Mk.
10 Lose versandt 70 Mk. (Porto u. Liste) empfiehlt und versendet
Lotteriebanc R. Arndt, Breslau,
Neue Schwandauer Str. 2, Eckhaus am Taubentienplatz.
Fernsprecher 6596 Rg.

Marhol LIKÖRE WEINBRAND München

Ankündigung Schlesischer Pfandbriefe.

Die in dem nachstehenden Verzeichnisse Nr. I aufgeführten Schlesischen Pfandbriefe werden ihren Inhabern für den Fälligkeitstermin Johannis 1922, d. i. 25. Juni 1922, gekündigt und diese zur Einlieferung im Fälligkeitstermine aufgefordert.

Die zum Umtausch gekündigten, durch **Eintausch** gegen gleichhaltige Pfandbriefe einzulösenden altlandschaftlichen Pfandbriefe (IA des Verzeichnisses) werden **schon von jetzt ab** gegen Ausfolgung der Ersatzstücke bei der **Generallandschaftskasse** zu Breslau, Taschenstraße Nr. 18, eingelöst. Die Portokosten für Umtauschsendungen trägt die Landschaft.

Die zur **Barzahlung** gekündigten Pfandbriefe (IB des Verzeichnisses) sind im **Fälligkeitstermine** (25. Juni 1922) bei uns oder bei einer der Fürstentumslandschaften zu Jauer, Glogau, Ratibor, Liegnitz, Frankenstein, Neiße, Ols und Görlitz **portofrei** einzuliefern, worauf Barzahlung des Nennwertes erfolgt. Über etwaige vorherige Einlieferung wird von der Landschaft **Ratenquittung** erteilt und gegen deren Rückgabe im Fälligkeitstermine Barzahlung geleistet werden. Mit diesem Termine endet die Verzinsung der Pfandbriefe.

Mit den Pfandbriefen sind alle diejenigen **Zinscheine** zurückzuliefern, die auf einen späteren als den vorbezeichneten Fälligkeitstermin lauten, bei Serienpfandbriefen auch die Erneuerungscheine (Zinscheinanweisungen, Talons).

Diejenigen Inhaber gekündigter Pfandbriefe, die ihre Einlieferung nicht im Fälligkeitstermine bewirken, haben zu erwarten, daß sie nach den betreffenden Vorschriften mit dem Pfandbriefsrechte oder mit dem Rechte der Sonderhypothek ausgeschlossen und mit ihren Ansprüchen auf den bei der Landschaft zu verwahrenden Gegenwert verwiesen werden, wovon nach Ablauf von 3 Monaten Niederlegungszinsen zu 2 Prozent vergütet werden.

Die in dem Verzeichnisse Nr. II aufgeführten Pfandbriefe sind schon für **frühere** Fälligkeitstermine bis einschließlich Weihnachten 1921 aufgekündigt und bisher nicht eingeliefert worden. Sie sind mit den vorhandenen Zinscheinen, die Serienpfandbriefe auch mit Erneuerungscheinen (Zinscheinanweisungen, Talons) zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes von den Inhabern unverzüglich einzureichen.

Gleichzeitig wird folgendes bekannt gemacht:

Die **Ausreichung neuer Zinscheinebogen** zu Schlesischen Pfandbriefen **Lit. A** erfolgt bei der unterzeichneten Generallandschaftsdirektion zu Breslau, Taschenstr. 18, in der Zeit vom 10. bis 22. April d. J., vormittags von 9 bis 1 Uhr, und den Fürstentumslandschaften zu Jauer, Glogau, Ratibor, Liegnitz, Frankenstein, Neiße, Ols und Görlitz in der Zeit vom 8. bis 17. Mai d. J.

Zur Bequemlichkeit des Publikums werden ferner für einen noch näher bekannt zu machenden Zeitraum auch in Berlin, und zwar bei der Haupt-Seehandlungskasse, Marktgrafenstr. 46 a —, der Kur- und Neumärktischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse, Wilhelmplatz 6 — und bei der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse, am Zeughause 2 — Ausreichungsstellen eingerichtet werden.

Behufs Erhebung neuer Zinscheine haben die Inhaber von Pfandbriefen **Lit. A** nur die vorausgereichten Erneuerungscheine Nr. 5 zugleich mit Verzeichnissen davon einzureichen. Vordrucke zu Verzeichnissen können von den Ausreichungsstellen unentgeltlich bezogen werden. Die Erneuerungscheine von 3, 3½ und 4prozentigen Pfandbriefen Lit. A sind je in einem besonderen Verzeichnisse und zwar nach Serien und Nummern geordnet aufzuführen.

An auswärtige Einsender erfolgt die Zusendung unter vollem Wert der Zinscheine, sofern nicht geringere Wertangabe oder nur „Einschreiben“ ausdrücklich beantragt wird, in jedem Falle aber auf Kosten und Gefahr des Einsenders.

Breslau, den 15. Januar 1922.

Schlesische Generallandschaftsdirektion.

I. Verzeichnis

gekündigter, an Johannis 1922 einzulösender Schlesischer Pfandbriefe.

A. Durch Eintausch gegen gleichhaltige Pfandbriefe einzulösende

3 1/2 prozentige altlandschaftliche Pfandbriefe.

	Rtr.		Rtr.		Rtr.
Baulwie, Klein L. W. 1. 2. 4. 5. 6	500	noch: Ellguth, Schön, Kreis Trebnitz O. M.		noch: Tscheschkorf, auch Tscheschkorff, fr.	
7. 8. 9. 10. 11. 13. 14. 15. 16. 17		72	500	Bistumslandsch, jetzt N. G. 39	400
18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 26. 27		73. 74	200	41	200
28. 29. 30	200	75	50	45. 46. 47	20
32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40		76	30	52	300
41. 42. 43. 45	100	Graben u. Sallschütz, auch nur „Graben“		53. 54. 60. 61	200
48. 49. 50	50	Kreis Gubrau G. S. 3. 5	1000	66. 67. 71. 72. 74. 76. 77	20
52. 53	30	7	400	78	300
60. 61. 62. 63. 64. 65. 66	20	11. 12. 13. 14. 15. 16	100	84	600
68	500	17. 18. 22. 23	1000	87	500
70	200	27. 28	500	89	400
71	100	31	400	90. 91. 92	300
72. 73	30	34. 35. 36	300	93. 94	200
Crain, auch Crayn, Kreis Riegnitz L. W. 3	800	37. 41. 42	200	97	100
4	700	45. 47. 48. 49. 50. 51. 55. 56	100	99. 100	50
17. 18	100	Lenfchütz O. S. 6. 8. 9. 10. 11	1000	103	40
21	500	18. 19	500	109. 110	200
24. 25	400	26. 40. 55	100	118	100
27. 28	300	Neschlau G. S. 2. 3. 4. 5	1000	120	20
29. 31	200	8	500	122. 123	30
33. 35. 36. 37	100	14. 17	300	124	200
39. 40. 41. 42. 43. 44	50	21. 24	200	125	100
45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52	30	27	100	127. 128	200
61. 62. 63. 64	20	35	1000	129	100
Ellguth, Schön, Kreis Trebnitz O. M. 1. 3	1000	87	500	130	200
5	600	39. 40	300	131	100
6	500	42	200	Wilsau, auch Wilsau, auch Wilsau, auch	
8. 9	300	46. 47. 49	100	Wilsau, auch Wilsau mit Zimmerfett	
11. 12. 13	100	S. J. 6	100	G. S. 41. 45	1000
16	60	62	500	47. 48. 49	500
19	40	106	100	51. 52	400
21	20	Tarnast O. M. 56	400	60. 63. 67	100
22. 23	1000	62	300	Wiegshütz O. S. 2. 5. 6. 9. 11. 12. 13	
27	800	80	100	17. 20. 21. 22. 23. 24. 26. 30. 31	
28	600	Tscheschkorf, auch Tscheschkorff, fr. Bis-		32. 36. 38. 39. 40. 41. 45. 46. 51	
30. 31. 32	500	tumslandsch, jetzt N. G. 1. 4	500	53	1000
33	400	9	300	70. 72	300
35. 36. 37. 38	300	11	100	83. 85. 88. 90. 91. 92. 93. 95. 98	
39. 42. 44. 45	200	13. 14	20	99. 100. 103. 104. 105. 106	
48. 50. 51. 52. 53	100	16	200	107. 109. 110. 113. 116. 120. 121	
55	60	23	100	124	100
56. 58. 61	50	28	20	152. 153. 154	30
62	40	30	200	155. 156	25
66	20	31	500	159	200
68	50	33	200	165	1000
69	20	36	60	166	50
70	200	38	20	167	20

B. Durch Barzahlung des Nennwertes einzulösende

3 1/2 prozentige altlandschaftliche Pfandbriefe.

	Rtr.		Rtr.
Baulwie, Klein L. W. ... 55. 56. 57. 58	25	Crain, auch Crayn, Kreis Riegnitz L. W.	
		54. 56. 57. 58	25

4 prozentige altlandschaftliche Pfandbriefe.

	Rtr.		Rtr.
Geppersdorf u. Schoenwiese, auch nur Geppersdorf, auch Geppersdorf pp. O.S. 69	100	Mauschwitz O. S. 129	100
Eubie, siehe Eubie.		Nadau, auch Herrschaft Nadau O. S. 414	100
Eubie, Ober, auch Eubie, Ober O. S. 87. 93	100	Wierschel O. S. 166	100
Eubie, Nieder, auch Eubie, Nieder O.S. 131	30	182	30

4 prozentige Pfandbriefe Lit. D.

Serie I über 5000 Mark. 1872. 2212. 2333. 2969. 3055. 3483. 4130. 4414. 4621. 4762.	Serie III über 1000 Mark. 3071. 3148. 4110. 5209. 5333. 6713. 7257. 8494. 9630. 9804. 12703. 12970. 14607.	noch: Serie IV über 500 Mark. 3885. 4274. 4435. 4863. 4886. 5199. 6340.
Serie II über 2000 Mark. 3657. 4071. 4459. 4659. 4700. 5412. 5431. 5786. 8251. 8925. 9650. 10365. 11060.	Serie IV über 500 Mark. 1586. 1772. 2130. 2874. 3209. 3273. 3636. 3714.	Serie V über 200 Mark. 2351. 2386. 3558. 3976. 5281. 5287. 6527.
		Serie VI über 100 Mark. 2428. 3263. 4287. 4300. 5092. 5501. 5569. 5836.

II. Verzeichnis

der für frühere Termine gekündigten, noch nicht eingelieferten Pfandbriefe.

A. Durch Eintausch gegen gleichhaltige Pfandbriefe einzulösende 3½ prozentige altlandsgastliche Pfandbriefe.

	Rtr.		litr.		Rtr.
Adelsdorf, Nieder, auch Nieder Adelsdorf pp. L. W. 4. 62	400	Kapatschitz O. M. 25	600	noch: Ponischowitz, auch Ponischowitz, auch Ponischowitz u. Zug., früher Bistums-	
143	200	32	20	landschaft, jetzt N. G. 110. 112. 113	20
Beltisch, Ober, auch Oberbeltisch L. W. 43	100	45	200	114. 116. 118. 119. 122. 123. 125	500
Nieder Buchwald und Varge G. S. ... 19	100	60	20	127. 130	400
27	300	69	100	131. 132	300
30	100			133. 134. 137. 139. 140	
32	1000	Kaufung, Mittel, das Heiland'sche Gut S. J.	100	143. 144. 146. 147. 148. 149. 150	
42	100	37. 42	200	152. 153. 154. 156. 157. 160. 162	
Carlsdorf und Weinberg B. B. 7	100	Krawarn Deutsch, siehe Krawarn Deutsch.		163. 164. 165. 167. 168. 169. 170	
42. 43. 44	30	Kroitzsch L. W. 81	500	171. 172	200
52	200	Kunern, Ober Nieder, auch Kunern, Ober,	40	175. 176	100
53	300	auch nur Kunern M. G. 27		177	80
57	500	Kunzendorf, auch Kunzendorf u. Kunzen-		183	50
61	1000	dorf B. B. 31		192	30
64. 67. 69. 70. 71. 72	20	Langendorf, Ober und Nieder, auch Lan-		193. 196. 199. 200. 204. 431. 432	20
79. 83. 86. 87	30	gendorf Anth. und Kesselbergerei --		433. 435	200
101. 102. 104. 105. 108. 110	50	auch Ober Langendorf und Kesselberg,		437	20
113. 118. 134. 139. 140. 143. 153	100	auch Anth. Langendorf, D. N. und		439	200
169. 170	500	Kesselbergerei -- auch Ober Langen-			
174. 187. 188	1000	dorf und Zub. B. B. 9	30		
Chroszina, auch Chroszina, auch Chros-		18. 20	50	Poppelwitz, auch Poppelwitz u. Zug., jetzt	
zina O. S. 19	500	23	100	Polwitz B. B. 4	50
Crawarn, Deutsch, auch Cramarner Güter		49	20		200
O. S. 272	20	Leopoldshain, Nieder G. 21	200	57	300
Dammeltwitz, Kreis Ohlau B. B. 33	20	55	50	Prisram B. B. 2	20
Diersdorf, Nieder, auch Diersdorf,		55	100	6. 8	30
Nieder B. B. 71	20	Lissa, Kreis Görlitz G. 43. 61	1000	11	40
Diersdorf, Ober, auch nur Diersdorf B. B. 9	50	Marchwitz, Kreis Ohlau B. B. 34		14	50
31	1000	Moisdorf, Ober Nieder und Reutenhof,		18. 22	100
Dobritsch, Groß, auch Dobritsch, Groß		auch Ober Nieder Moisdorf und Zug.		30	500
v. Gladitz, v. Zofsch Ant. G. S. ... 5	1000	S. J. 38	20	40	50
25	100	Müdenhof, auch Müdenhof, auch Müden-		42	60
Dyhrnsfurth Herrschaft, auch nur Dyhrn-		hof L. W. 3	500	63. 65	20
furth B. B. 61	100	16	50	Raate, Groß, Herrschaft, auch Raate, Groß,	
Ellguth, Klein, Kreis Cosel OS. 33	20	32	300	Kreis Trebnitz O. M. 9	200
Ellguth, Schön O. M. 20	30	Niedarm, auch Niedarm, früher Bistums-		13. 27	100
Esdorf und Klein Breesen, auch Esdorf		landschaft, jetzt N. G. 1. 2	600	Radau, auch Radau OS. 80	1000
und Klein Breesen O. M. 1	200	4. 6	500	91. 92. 95	500
14	500	8	400	119. 127. 129. 133. 134. 137	100
20	400	22. 23. 26. 27. 30. 31. 33. 34	20	140. 145. 148	50
32	200	35	300	150. 152	30
Gläsenhof, auch Glesendorf, fr. Bist-		40	100	166. 172	20
landsch., jetzt N. G. 24	100	Niewe O. S. 5. 10	1000	Radau, auch Herrschaft Radau OS.	
Gnickwitz, Kreis Breslau B. B. 95	100	Niewiesche (Niewiesche) früher Bistums-		94. 96. 126	100
Goltowitz B. B. 1	20	landschaft, jetzt N. G. 1	500	169	20
27	50	14. 15. 17. 19	200	187. 197. 226. 234. 242	100
39	500	31. 32. 34. 35. 36. 37. 39. 41. 44. 45	20	246. 250. 252. 257	50
48	20	49	300	Radowichau, Kreis Cosel OS. 39	500
108	50	51. 57	200	Ranau B. B. 33	100
Graebel S. J. 16	400	59. 63. 67	20	Reichau, Ober Nieder B. B. 16	100
25. 26. 27	200	70	30	48	20
Grumwitz, Kreis Wartenberg B. B. 14	100	144	20	Saegewitz, Klein B. B. 18	100
19	200	146	200	29	200
Guhlan, auch Guhle, Kreis Trebnitz O. M.		Oderbeltisch siehe Beltisch, Ober.		35	300
7	400	Oderisch O. S. 3. 43. 45	1000	41	500
23. 31	200	62	500	49	50
Hassig, Kreis Glatz M. G. 41	500	72	300	56	100
Hausdorf, auch Hausdorff, Kreis Vollen-		78. 82. 87. 90. 94. 95. 99. 102		68	200
hain-Landesgut S. J. 3. 4	1000	112. 114. 119. 120. 123. 127. 128. 129		74	1000
12	600	132. 133. 141. 145	100	Schaltau B. B. 64	1000
16. 19. 22	300	150	50	69	100
28	100	161. 162	100	Schliesa, Neu B. B. 17	100
48	20	Doppeln und Mengarten, Kreis Delz O. M.		Schönbantwitz, siehe Schönbantwitz.	
Heinrichauer ehemalige Stiftsgüter, auch		11	500	Schön Ellguth siehe Ellguth, Schön.	
Heinrichau, Herrschaft, auch Hein-		13. 16	200	Schönfeld, Neu S. J. 18	50
richauer Stiftsgüter M. G. 64	30	28	100	26	500
81	400	35. 40	50	Schreibersdorf, Kreis Wartenberg B. B.	
83	300	43. 48	30	7. 10. 12	50
272	600	49. 50. 53	20	36. 40	500
306	100	Dffeg und Seiffersdorf N. G. 500	40	Schwieben O. S. 232	100
438	50	Ponischowitz, auch Ponischowitz, auch Po-		Seiffersdorf, auch Seiffersdorff, früher	
542	20	nischowitz u. Zug., früher Bistums-		Bistumslandschaft, jetzt N. G. 74	300
Jadtschenau, auch Jadtschönan B. B. ... 142	500	landschaft, jetzt N. G. 1. 2	1000	163	20
Jaeschtendorf, auch Jaeschtendorff L. W. 24	200	3. 4	500	Simsdorf, Ober Nieder, Kreis Trebnitz O. M.	
31	400	5. 7. 9. 11	300	26	500
36	200	17. 18. 19. 21. 22. 23. 25. 26. 27		35	400
43	30	28. 29. 30. 31. 38. 39. 40. 41. 43	200	41	300
Kalinowitz O. S. 26	300	50. 52	50	70	100
34	20	54. 55. 57	40	83	50
190	50	62. 63. 64. 65. 66. 68. 71. 72. 76	20	102	100
		79. 80	600	Steyden, auch Steyden, auch Stayden G. S.	
		85	400	13	1000
		90	300	21	500
		92. 93. 94. 95. 96. 97. 99	200	25	300
		103	60	26	200

Noch: A. Durch Eintausch gegen gleichhaltige Pfandbriefe einzulösende
3 1/2 prozentige altlandschaftliche Pfandbriefe.

	Rtr.		Rtr.		Rtr.
noch: Skeyden, auch Skeyden, auch		noch: Sterzendorf und Klein Steinersdorf		Wohlfenronze L. W.	7 200
Skeyden G. S. 45. 48. 50. 56. 59	100	auch Sterzendorf F. C. B. B.	30	Klein-Wiersewitz auch Klein-Wiersewitz	
63		23. 24. 25. 26. 29. 38	50	und Zug. L. W.	42 20
78. 79. 91	50	41	100	Wilkowitz, Groß O. S.	74 20
Spalwitz (Spahlig) Amt O. M.	40	100	200	Wirttau, auch Wirttau O. S.	5 500
Stentisch Ober Anteil, auch nur Stentisch		Ischönbantwitz, auch Ischönbantwitz B. B. 102	100	Wyffota (Wyffoda) O. S.	11 60
Ober, auch nur Stentisch G. S. ...	71 300	Ujeß Herrsch., fr. Bist.-Landsch., jetzt N. G.	304 200		23 500
99		Wartenberg, Fideikommißherrschaft, auch			57 100
163	100	alte frühere Standes- und Fidei-			73 500
Sterzendorf und Klein Steinersdorf, auch		kommißherrschaft B. B.	10		99 50
Sterzendorf F. C. B. B.	3 20	87. 57	500 1000	Zawada, Kr. Pleß O. S.	19 100

4 prozentige altlandschaftliche Pfandbriefe.

	Rtr.		Rtr.
Diersdorf, Ober, auch nur Diersdorf B. B.	76. 78 100	Nadau, auch Herrschaft Nadau O. S. 382	1000
Nimbsch G. S.	39 30	390	500
		Stebtau, auch Stöblau, auch Steblau u.	
		Zug., O. S. 141. 144. 150. 156. 158	100

B. Durch Barzahlung des Nennwertes einzulösende

3 1/2 prozentige altlandschaftliche Pfandbriefe

	Rtr.		Rtr.		Rtr.
Gzienskowitz, Kr. Cosel O. S.	65 100	Ruhnern, Ober Mittel Nieder u. Zug.,		Neuffendorff Ober Nieder, Kreis Vollen-	
Dippelsdorf u. Zub. S. J.	54 20	Kreis Striegau S. J.	77 20	hain-Landesgut S. J.	53 20
Dirschelwitz O. S.	41 20	Ruschorf und Ratichau, auch Ratichau,		Seiffersdorf, auch Seiffersdorf, früher	
Gabersdorf u. Zub., auch Gabersdorf, auch		auch Kreichdorf u. Ratichau, fr. Bist.-		Wistumslandschaft, jetzt N. G. ...	80 300
nur Gabersdorf, Kreis Glatz M. G. 122	100	Landsch., jetzt N. G.	52 25	98	200
Gnischwitz B. B.	36 100	Ludwigsdorf, Ober Nieder, auch nur		124	30
Hannsdorf Nieder, auch Niederhannsdorf		Ludwigsdorf, Kreis Schweidnitz S. J.			
M. G.	6. 17. 23 500	127	60	Sponsberg, Kreis Breslau B. B.	1 20
58. 60	100	Noß, Ober Nieder, Kr. Rothenburg O. L. G.		Spröttchen, Kreis Liegnitz L. W.	42 100
68	30	46	20	Steinsdorf Ober, Kreis Hainau L. W. 18	20
Heinrichau'er ehemalige Stiftsgüter, auch		Norod, Kreis Falkenberg O. S.	147 20	Steinseiffersdorf S. J.	46 20
Heinrichau Herrschaft, auch Heinrich-		Peilau, Kr. das Schloß, Kreis Neichen-		Strebigko, auch Ober Nieder, Kreis	
chau'er Stiftsgüter M. G.	520 25	bach S. J.	130 100	Wilitisch O. M.	88 100
Jamm, Kr. Rosenberg O. S.	126 30	Pleß (auch Pleße), Standesherrschaft, Kreis		Thiemendorf, Mittel S. J.	19 20
Kreichdorf, siehe Ruschorf.		Pleß O. S.	605 100	Wingenberg, Kreis Grottau, fr. Bist.-	
Kreichschütz, Kr. Witzig L. W.	9 300	Pohlendorf L. W.	66 100	Landsch., jetzt N. G.	343 50
		Reindorf und Viehhöfe M. G.	129 20		

4 prozentige altlandschaftliche Pfandbriefe.

	Rtr.		Rtr.		Rtr.
Diersdorf, Ober, auch nur Diersdorf B. B. 78	100	Rubschau O. S.	191 200	Wierschel O. S.	132 1000
Eubie, siehe Lubie.		Rauschwitz O. S.	158. 160 100	157. 164	100
Geppersdorf u. Schoenwiese, auch nur Gep-	100	Nadau, auch Herrschaft Nadau O. S. 460	30	173	50
persdorf, auch Geppersdorf pp. O. S. 64	100	Schönwalde M. G.	53 20	190	20
Lubie, Nieder, auch Eubie, Nieder, O. S. 75	100	Sudau G. S.	64 30		
79	50	Wienslowitz O. S.	47 1000		

3 1/2 prozentige Pfandbriefe Lit. A.

Serie III über 300 Mark. 8103. 20107. | **Serie IV über 150 Mark.** 2312. 9836.

3 1/2 prozentige Pfandbriefe Lit. C.

Serie I über 3000 Mark. 13042. | **Serie IV über 150 Mark.** 1678.

3 1/2 prozentige Neue Pfandbriefe.

Serie II über 1500 Mark. 357. | **Serie III über 300 Mark.** 2429. 2733.

4 prozentige Neue Pfandbriefe.

Serie III über 300 Mark. 1912.

3 1/2 prozentige Pfandbriefe Lit. D.

Serie II über 2000 Mark. 4191. 8785. | **Serie V über 200 Mark.** 5293.
Serie IV über 500 Mark. 6534. | **Serie VI über 100 Mark.** 4767.

4 prozentige Pfandbriefe Lit. D.

Serie I über 5000 Mark. 2095. 2228. 3065. 3137. 3185. 3689. 3729. 3880. 4801. 4692.	Serie III über 1000 Mark. 3693. 3818. 4559. 7043. 8526. 9276. 11870. 13557. 13599. 16374. 16458.	Serie V über 200 Mark. 1172. 3589. 4002. 4211. 4350. 5858. 5869. 6743. 6901. 7853. 8017. 8391.
Serie II über 2000 Mark. 2688. 4926. 5976. 7087. 7596. 9076. 9481.	Serie IV über 500 Mark. 5530. 5817. 6477. 6932. 8060. 8544. 9166. 10124. 11902. 12648. 12699. 12942.	Serie VI über 100 Mark. 3944. 4841. 5624. 5634. 6621. 8407. 9020. 9339.

Breslau, den 15. Januar 1922.

Druck von Gies. Barth und Comp. (W. Heiderich) in Breslau.

Schlesische Generallandschaftsdirektion.